

Kooperationsstrategie Bolivien 2013-2016



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

**Direktion für Entwicklung
und Zusammenarbeit DEZA**

Kooperationsstrategie **Bolivien** 2013-2016



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

**Direktion für Entwicklung
und Zusammenarbeit DEZA**

Impressum

Titel

Kooperationsstrategie Bolivien 2013-2016

Herausgeber

Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA)

Fotos

Miguel Canedo

Ariel Duranboger

Archiv DEZA/COSUDE

Erhältlich bei

www.cosude.org.bo

Abteilung Lateinamerika und Karibik

Telefon: +41 31 322 34 41

E-Mail: sekretariat.abteilung.lateinamerika@deza.admin.ch

Inhalt

Abkürzungen	7
Editorial	9
Zusammenfassung	11
1. Hintergrund und Kontext	13
1.1 Gouvernanz bleibt eine grosse Herausforderung	15
1.2 Makroökonomische Stabilität ohne nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung	15
1.3 Minderung der Klimaschäden und Anpassung an den Klimawandel	16
2. Ziele der Schweizer Aussenpolitik und Beitrag der Gebergemeinschaft	17
3. Resultate der schweizerischen Zusammenarbeit mit Bolivien 2008-2012	19
4. Konsequenzen für die neue Strategie	23
5. Die Strategie 2013-2016: Ziele und Prioritäten	25
5.1 Oberziel	25
5.2 Dezentralisierung und Menschenrechte	26
5.3 Minderung der Folgen des Klimawandels (CC)	27
5.4 Beschäftigung und Einkommen	28
5.5 Transversalthemen: Gender und Gouvernanz	29
6. Programm-Umsetzung	31
7. Programmsteuerung	33
Anhänge	35
Anhang 1: Synopsis Kooperationsstrategie Bolivien 2013-2016	36
Anhang 2: Results Framework Kooperationsstrategie Bolivien 2013-2016	37
Anhang 3: Monitoring-System der Kooperationsstrategie Bolivien 2013-2016	47
Anhang 4: Verpflichtungs- und Finanzplanung 2013-2016	51
Anhang 5 (a): Interventionszonen der Schweizer Kooperation in Bolivien	52
Anhang 5 (b): Index für menschliche Entwicklung	53

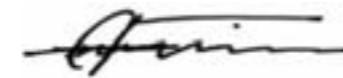
Abkürzungen

ACOBOL	Asociación de Concejalas de Bolivia (Verband der Gemeinderätinnen)
BDP	Banco de Desarrollo Productivo
BIP	Bruttoinlandsprodukt
CC	Climate Change
CDC	Consejos Departamentales de Competitividad (Departementale Komitees für Wettbewerbsfähigkeit)
CDH	Comunidad de Derechos Humanos
CEE	Comisión Episcopal de Educación
DEZA	Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit
DFID	Department for International Development (Great Britain)
DRR	Disaster Risk Reduction
EDA	Eidgenössisches Departement für Auswärtige Angelegenheiten
EMDs	Encuentros Municipales de Desarrollo (Plattformen für Gemeindeentwicklung)
EZA	Entwicklungszusammenarbeit
FAUTAPO	Fundación Educación para el Desarrollo
FOCAM	Fondo Concursable de Capacitación y Asistencia Técnica Municipal (Fonds für Ausbildung und technische Hilfe an Gemeinden)
ICT	Instituto de Capacitación Técnica
IDB	Interamerican Development Bank
IFI	International Financial Institutions
INE	Instituto Nacional de Estadística
INIAF	Instituto Nacional de Investigación Agropecuaria y Forestal
KMUs	Kleine und mittlere Unternehmen
MDGs	Millennium Development Goals
MERV	Monitoring Entwicklungsrelevanter Veränderungen
NGO	Non-governmental Organization
ODA	Official Development Aid
PCM	Project Cycle Management
PPDP	Public Private Development Partnership
PDES	Plan de Desarrollo Económico y Social
PNC	Programa Nacional de Cuencas (Plan zum Schutz der Wassereinzugsgebiete)
PROFIN	Fundación para el Desarrollo Productivo y Financiero
RF	Results Framework
SECO	Staatssekretariat für Wirtschaft
SLIMs	Servicios Legales Integrales Municipales (Beratungsstellen für häusliche Gewalt)
UN	United Nations
UNDP	United Nations Development Program
UDAPE	Unidad de Análisis de Políticas Sociales y Económicas
USAID	United States Agency for International Development
WB	World Bank
WEF	World Economic Forum
WTO	World Trade Organization

Editorial

Die neue Kooperationsstrategie 2013-2016 bestätigt und erneuert das über 40-jährige entwicklungspolitische Engagement der Schweiz in Bolivien. Die drei Bereiche der künftigen Zusammenarbeit – Dezentralisierung und Menschenrechte; Minderung der Folgen des Klimawandels; Beschäftigung und Einkommen – wurden im Zusammenspiel mit der bolivianischen Regierung und lokalen Partnern basierend auf den bisher gemachten Erfahrungen, Kontextentwicklungen und Bedürfnissen identifiziert. Sie entsprechen den in der Botschaft zur Internationalen Zusammenarbeit definierten Prioritäten.

Bolivien befindet sich seit der Wahl des ersten indigenen Präsidenten in einem rasanten strukturellen Wandel. Mit ihrem Engagement will die Schweiz Reformen unterstützen, welche darauf abzielen, die Lebensqualität von marginalisierten und ärmsten Bevölkerungsgruppen nachhaltig zu verbessern. Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre.



Martin Dahinden
Direktor DEZA



Zusammenfassung

Ende 2009 wurde Evo Morales, der erste Präsident Boliviens mit indigenen Wurzeln, im Amt bestätigt. Seither beschleunigt sich der tiefgreifende Reformprozess, der insbesondere darauf abzielt, die politische, wirtschaftliche und kulturelle Beteiligung der indigenen Bevölkerung im Staat und das Los der Armen entscheidend zu verbessern. Allerdings bedrohen immer neue soziale Konflikte und Spannungen zur Durchsetzung von Partikularinteressen die Regierbarkeit. Eine geschwächte Gewaltenteilung, zentralistische Tendenzen und fehlende Kooperation der Regierung mit der fragmentierten Opposition bedrohen die Prinzipien des Rechtsstaates sowie die individuellen und kollektiven Rechte.

Bolivien verzeichnete in den letzten Jahren ein kontinuierliches wirtschaftliches Wachstum. Bei den makroökonomischen Werten wie Bruttoinlandsprodukt, Teuerungsrate, Fiskalüberschuss, Aussenhandelsbilanz sowie bei den internationalen Währungs-

reserven kann das Land eine gesunde gesamtwirtschaftliche Performance vorweisen. Ausgaben und Investitionen der öffentlichen Hand geben den Ton an. Öffentliche und private Investitionen sind jedoch ungenügend, um die Produktivität zu verbessern. Die Staatseinnahmen stammen zum Grossteil von nationalisierten Unternehmen in der Öl- und Gasproduktion sowie den hohen Steuereinnahmen aus der Erdgasproduktion und dem Bergbau. Die stark gestiegenen Staatseinnahmen sind in hohem Mass abhängig von den fluktuierenden Weltmarktpreisen für Rohstoffe.

Auf Umverteilung angelegte Sozialprogramme haben zwischen 2005 und 2011 zu einem Rückgang der extremen Armut von 38% auf 24% geführt. Die Fortschritte bei der Sozialpolitik machen es wahrscheinlich, dass Bolivien die MDGs annähernd erreichen kann. Trotz aller positiven wirtschaftlichen Resultate und trotz bedeu-

Der Stellenwert der schweizerischen EZA, die dank ihrer kontinuierlichen Präsenz seit 1969 ein hohes Ansehen genießt, steigt im generellen Politikdialog und speziell in einzelnen Sektoren, wie etwa bei der Berufsbildung oder im Watershed Management.

tender Erdgas-Reserven bleibt Bolivien aber das ärmste Land Südamerikas. 50% der Bevölkerung leben unter der Armutsgrenze. Obschon die verbesserte makroökonomische Situation Beschäftigung und Einkommen positiv beeinflusste, leidet ein Grossteil der Bevölkerung – insbesondere Frauen und Indigene – weiterhin unter prekären Arbeitsverhältnissen im aufgeblähten informellen Sektor. Generell ist die bolivianische Wirtschaft von mangelnder Diversifizierung geprägt.

Relativ gesehen hat die internationale Entwicklungshilfe für Bolivien an Bedeutung verloren. Ihr Anteil am BIP hat sich in den letzten zehn Jahren mehr als halbiert. Eine Reihe bilateraler Geber hat sich in den letzten Jahren zurückgezogen, während das Gewicht der internationalen Finanzinstitutionen zunimmt. Der Stellenwert der schweizerischen EZA, die dank ihrer kontinuierlichen Präsenz seit 1969 ein hohes Ansehen genießt, steigt im generellen Politikdialog und speziell in einzelnen Sektoren, wie etwa bei der Berufsbildung oder im *Watershed Management*. Das SECO stellte 2005 seine Tätigkeiten nach rund zwanzig Jahren ein.

Die Ausrichtung der vorliegenden Kooperationsstrategie basiert auf der vom Parlament 2012 verabschiedeten Botschaft zur Internationalen Zusammenarbeit der Schweiz 2013-2016. Sie orientiert sich an den Entwicklungsprioritäten der bolivianischen Regierung und konzentriert sich auf drei Schwerpunktthemen:

- Zunächst unterstützt sie das Land, sich auf die **Bedrohungen durch den Klimawandel** vorzubereiten. Dieser

stellt insbesondere die Lebensgrundlagen der armen Bevölkerung in den ländlichen Gebieten des Altiplano in Frage. Vorgesehen ist die Unterstützung von Massnahmen von Gemeinden und Familien in ländlichen Gebieten zur Anpassung an den Klimawandel sowie die Reduktion der Umweltverschmutzung im städtischen Raum. Die Hilfe erfolgt in enger Abstimmung mit dem globalen Klima-Programm der DEZA.

- Weiter soll die **Produktivität der Wirtschaft** gestärkt werden, um der einseitigen Ausrichtung auf den Abbau von Rohstoffen entgegenzuwirken. Die Schweiz wird die Berufsbildung fördern und ihre langjährige Erfahrung im Aufbau von Finanzdienstleistungen und betreffend Innovationen für die Landwirtschaft auf die Entwicklung ländlicher Märkte konzentrieren.

- Schliesslich steht die **Konsolidierung des Dezentralisierungsprozesses** mit einer Verbesserung der öffentlichen Dienstleistungen auf Gemeindeebene und der Stärkung der Rechte von vulnerablen Gruppen – vor allem Frauen und Indigene – im Vordergrund.

Die Aktivitäten der DEZA konzentrieren sich auf das Andenhochland und die interandinen Täler. Wegen der raschen Verstädterung in den letzten Jahrzehnten stehen nebst den ländlichen Gebieten neu auch die Armutsviertel der Städte im Fokus. Gender und Gouvernanz bilden die beiden Transversalthemen, die für alle Programme Gültigkeit haben. Das finanzielle Engagement der DEZA wird jährlich rund 30 Mio. CHF betragen.



1. Hintergrund und Kontext

In den letzten 60 Jahren hat Bolivien nicht weniger als drei grosse Umwälzungen erlebt:

- Die tiefgreifende Revolution von 1952 beendete die Vorherrschaft der Grossgrundbesitzer im Hochland und verstaatlichte die dominierenden Bergwerksunternehmen. Sie brachte der marginalisierten, indigenen Bevölkerungsmehrheit erstmals elementare Bürgerrechte, Zugang zu Bodenbesitz und allgemeiner Erziehung. Im Gleichschritt mit den meisten lateinamerikanischen Ländern beherrschten 1964-1982 nationalistisch ausgerichtete Militärregierungen die Szene. 1982 kehrte das Land zur demokratischen Ordnung zurück.

- Grundlegende neoliberale Wirtschaftsreformen leiteten 1985 einen Prozess der Privatisierung und Öffnung der Märkte ein, der während 20 Jahren Bestand hatte.

- Eine neue Zäsur erfolgte Ende 2005 mit der Wahl von Evo Morales, dem ersten Präsidenten Boliviens mit indigenen Wurzeln. Dieser wurde 2009 im Amt bestätigt. Inmitten grosser gesellschaftlicher und regionalpolitisch geprägter Spannungen und Konflikte sucht das Land einen neuen Weg, um die politische, wirtschaftliche und kulturelle Beteiligung der indigenen Bevölkerung im Staat und das Los der Armen dezidiert zu verbessern.

Als wichtige Zwischenergebnisse der Regierung unter Präsident Evo Morales zählen folgende Punkte:

- Die neue Verfassung vom Februar 2009 fördert die Chancengleichheit und garantiert gleiche Rechte für Frauen und Männer. Der Einbezug der **indigenen Mehrheit** und anderer **früher marginalisierter Gruppen** hat das Gesicht der bolivianischen Demokratie grundlegend verändert.
- Auf Umverteilung angelegte Sozialprogramme haben zwischen 2005 und 2011 zu einem **Rückgang der extremen Armut** von 38% auf 24% geführt. Die Sozialpolitik verzeichnet klare Fortschritte auf dem Weg zur Erreichung der MDGs. Mit Ausnahme der MDGs 4 und 5 (Kinder- und Müttersterblichkeit) dürften alle Ziele erreicht werden.
- Weltweite Aufmerksamkeit erregte Bolivien mit seinem *Gesetz über die Rechte der Mutter Erde*. Dieses gibt der **Natur eine eigene Rechtspersönlichkeit**.

der Union Südamerikanischer Nationen¹. Innerhalb von sechs Jahren ist Bolivien in die Kategorie der *Middle Income Countries* aufgestiegen. Das Prokopfeinkommen ist von 1'010 USD im Jahre 2005 auf 1'870 USD im Jahr 2010 angestiegen, ein Fortschritt, der von den Internationalen Finanzorganisationen ausdrücklich gelobt wurde.

Trotz aller positiven wirtschaftlichen Resultate und trotz bedeutender Erdgas-Reserven bleibt Bolivien das ärmste Land Südamerikas. **50% der Bevölkerung leben unter der Armutsgrenze**. Besonders betroffen sind Haushalte, die von alleinerziehenden Müttern geführt werden, sowie indigener Familien. Sowohl in den Landgebieten als auch in den Städten geht Armut einher mit ungenügend genutzten Bürgerrechten, Gewalt in der Familie, sozialer Ausgrenzung sowie Erwerbs- und Einkommensunsicherheit.

Ungleichheit ist in erster Linie eine Folge von **mangelnden Opportunitäten**. Dies betrifft vor allem den Zugang zu qualitativ guter Ausbildung und zu Produktionsmitteln. Weitere Faktoren sind die Segmentierung des Arbeitsmarktes sowie die Diskriminierung von Frauen und Indigenen. Dank sozialer Umverteilungsprogramme ist die Einkommensungleichheit zurückgegangen. Obschon der Gini-Index von 0,6 auf 0,5 gesunken ist, sind die Einkommensunterschiede markant. Überproportional betroffen sind Indigene und Frauen. Der *Human Development Index* lag 1990 noch bei 0.560 und hat sich bis 2011 auf 0.663 verbessert. Damit nimmt Bolivien den Rang 108 von 187 Ländern ein.

Die **Lage der Frauen** hat sich in den letzten Jahren zwar verbessert, aber Gewalt gegen Frauen bleibt ein wichtiges Problem. Über die Hälfte der Bolivianerinnen sind Gewalt von Seiten ihrer Partner ausgesetzt. Frauen sind mehrheitlich im Tieflohnbereich beschäftigt, wo Unsicherheit und Ausbeutung am grössten sind. Generell können sie ihre Rechte nur ungenügend wahrnehmen. 2011 betrug der Index

für Gender-Ungleichheit 0.476. Damit rangierte Bolivien auf Platz 88 von 146 Ländern.

Entwicklungsrelevant sind weiterhin folgende Elemente:

1.1 Gouvernanz bleibt eine grosse Herausforderung

Breit gefächerte, verfassungsmässig abgestützte Rechte haben bei der Bevölkerung grosse Erwartungen geweckt – Erwartungen, die die Regierung nicht umfassend zu erfüllen vermag. Die Zahl der sozialen Konflikte nimmt zu. Dies ist ein untrügliches Zeichen dafür, dass die Kapazität der demokratischen Institutionen, auf Forderungen der Bevölkerung einzugehen und Normen durchzusetzen, in Frage gestellt ist. Eine geschwächte Gewaltenteilung, zentralistische Tendenzen und autoritäres Vorgehen der Regierung gegen eine hoffnungslos zerstrittene Opposition schwächen die Durchsetzung der Prinzipien des Rechtsstaates und bedrohen individuelle und kollektive Rechte. Was insbesondere fehlt, ist die dringend nötige Konsolidierung der Institutionen. Diese sind oft nicht in der Lage, die Managementaufgaben einer öffentlichen Verwaltung effizient wahrzunehmen. Um eine nachhaltige Entwicklung des Landes zu garantieren, ist die Stärkung der Institutionen zur Umsetzung der zahlreichen Staatsreformen unumgänglich. Dies betrifft insbesondere das Justizsystem und den Dezentralisierungsprozess.

1.2 Makroökonomische Stabilität ohne nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung

Die gegenwärtige Wirtschaftsentwicklung wird stark von Ausgaben und Investitionen der öffentlichen Hand geprägt.

Bolivien: Wirtschaftliche Indikatoren 2005-2010		
INDIKATOR	2005	2010
BIP (Mio. USD)	9'521	19'501
BIP pro Kopf (USD)	1'010	1'870
Ausfuhren (Mio. USD)	2'867	6'952
Ausfuhren von Brennstoffen und Mineralstoffen (%-Anteil an Gesamtausfuhren)	69%	74%
Übrige Ausfuhren (%-Anteil an Gesamtausfuhren)	31%	26%
Investitionen durch den Staat (Mio. USD)	629	1'521
Direkte ausländische Investitionen (Mio. USD)	488	508 (2008 p)
Steuereinnahmen (Mio. USD)	3'012	8'709
Externe und interne Staatsschulden (% des BIP)	73%	34%
Durchschnittlicher Wechselkurs (BOB/USD)	8.09	7.07
Durchschnittliche Wachstumsraten 2000-2005 und 2006-2010 (%)	3.00	4.60

p = provisorisch; Quelle: UDAPE

Dabei stammen die Staatseinnahmen zum Grossteil von nationalisierten Unternehmen in der Öl- und Gasproduktion sowie den hohen Steuereinnahmen aus der Erdgasproduktion und dem Bergbau. Folglich sind die Staatseinnahmen stark abhängig von den fluktuierenden Weltmarktpreisen für Rohstoffe. Zudem leidet die bolivianische Wirtschaft unter mangelnder Diversifizierung. Sie wird nach wie vor von der Landwirtschaft dominiert. 23% des BIP entfallen auf die Landwirtschaft und Agroindustrie. Einer kleinen hochspezialisierten Agroindustrie stehen Landwirtschaftsgüter mit tiefem technologischem Niveau gegenüber, die auf der grossen Mehrheit der Betriebe produziert werden, aber lediglich 30% des landwirtschaftlichen BIP generieren. Weitere strukturelle Probleme wie etwa ein überdimensionierter informeller Sektor oder illegale Aktivitäten, die hauptsächlich mit dem Drogenhandel und dem Schmuggel verbunden sind, werden nicht energisch genug angegangen. Zudem wird der Privatsektor häufig marginalisiert. Öffentliche und private Investitionen sind ungenügend, um die Produktivität zu verbessern. Obschon die verbesserte makroökonomische Situation Beschäftigung und Einkommen positiv beeinflusste, ist ein Grossteil der Bevölkerung in prekären Arbeitsverhältnissen

Trotz aller positiven wirtschaftlichen Resultate und trotz bedeutender Erdgas-Reserven bleibt Bolivien das ärmste Land Südamerikas.

Armut und Ungleichheit in Bolivien			
Armut in % der Gesamtbevölkerung	2005	2008	2011
Gemässigte Armut	61	59	49
Extreme Armut	38	33	24
Gemässigte Armut in den Städten	51	51	41
Gemässigte Armut auf dem Land	78	74	64
Extreme Armut in den Städten	24	22	15
Extreme Armut auf dem Land	63	53	44
Gini-Koeffizient für Einkommen	2005	2007	2009
Bolivien	0.60	0.53	0.50
Städtische Gebiete	0.54	0.48	0.45
Ländliche Gebiete	0.62	0.56	0.53

Quelle: Instituto Nacional de Estadística

Bei den makroökonomischen Werten wie Bruttoinlandsprodukt, Teuerungsrate, Fiskalüberschuss, Aussenhandelsbilanz sowie der Stand der internationalen Währungsreserven weist Bolivien eine **gesunde gesamtwirtschaftliche Performance** auf. Das Land ist ein aktives Mitglied der Welthandelsorganisation (WTO) und beteiligt sich an der regionalen Integration im Rahmen der Andengemeinschaft und

¹ Der Aussenhandel ist von entscheidender Bedeutung für Entwicklung und Wachstum Boliviens, da das Land von Gas- und Mineralausfuhren abhängig ist. 2011 waren die wichtigsten Aussenhandelspartner die Nachbarländer Brasilien und Argentinien.



tätig. Davon betroffen sind insbesondere Frauen und Indigene. Die Abwanderung vom Land in die Städte hat sich stark beschleunigt. Inzwischen leben bereits 70% der Bolivianerinnen und Bolivianer in den urbanen Zentren, wo die Zahl der Armen entsprechend zunimmt und die Qualität der öffentlichen Dienstleistungen nicht mit der demografischen Entwicklung Schritt hält.

1.3 Minderung der Klimaschäden und Anpassung an den Klimawandel

Bolivien ist vom Klimawandel stark bedroht. Als Folge des Klimawandels steigen die Durchschnittstemperaturen, ziehen sich die tropischen Gletscher rasch zurück und fallen Niederschläge kräftiger und immer unvorhersehbarer aus. Die Situation wird verschärft durch nicht nachhaltige Systeme der Landwirtschaft. Die Folgen sind verbreitete Erosionsschäden und der Verlust fruchtbarer Böden. Dies wiederum reduziert die landwirtschaftlichen Erträge und bedroht die Existenz kleiner und mittelgrosser Bauernbetriebe. Bisher unbekannte Seuchen und Krankheiten tauchen auf und bedrohen sowohl Nutzpflanzen als auch Viehbestände. Die Kombination von aufeinander folgenden Dürre- und Überschwemmungszeiten zwingt die Landbewohner, in die Stadt

zu ziehen, wo sie sich häufig in Zonen mit hohem Risiko niederlassen, wo die Versorgung mit Basisdienstleistungen rar und wo Trinkwasser begrenzt verfügbar ist. Mit gezielten Massnahmen versucht die Regierung, gleichermassen auf soziale, ökonomische und kulturelle Notwendigkeiten einzugehen. Doch diese stehen nicht selten im Widerspruch zum politischen Diskurs, was Zündstoff für soziale Unruhen liefert. In dieser Situation ist die Stärkung bestehender Strategien zur Minderung der Klimaschäden und zur Anpassung an den Klimawandel ein zentrales Anliegen, um die negativen Auswirkungen zu reduzieren und maximale Vorteile aus der Klimaänderung zu ziehen.

Relativ gesehen hat die **internationale Entwicklungshilfe für Bolivien an Bedeutung eingebüsst**. Ihr Anteil am BIP hat sich in den letzten zehn Jahren mehr als halbiert. Wurden vor zehn Jahren noch 60% der Infrastrukturprojekte mit Mitteln aus dem Ausland finanziert, so sind es heute noch gerade 30%. Interne Finanzierungsquellen haben stetig zugenommen. In den letzten zehn Jahren haben sich die Ausgaben für öffentliche Investitionen vervierfacht. Noch verfügt die Regierung aber über keine explizite Strategie für den Ausstieg aus der Abhängigkeit von internationaler Hilfe.



2. Ziele der Schweizer Aussenpolitik und Beitrag der Gebergemeinschaft

Das Engagement der Schweiz in Bolivien erlaubt, **wichtige Werte der schweizerischen Aussenpolitik** zu konkretisieren. Dazu gehören, Not und Armut zu lindern, die Menschenrechte zu achten, Demokratie und Rechtsstaat zu fördern, für ein friedliches Zusammenleben einzustehen und die natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten. Mittelfristig hat jedoch sowohl für das SECO als auch für die Abteilung Menschliche Sicherheit des EDA ein Engagement in Bolivien keine Priorität. Die EZA bleibt das wichtigste aussenpolitische Instrument. In Bolivien sind gegenwärtig 31 schweizerische NGOs tätig, teilweise mit ähnlicher thematischer Ausrichtung wie die DEZA, davon zehn mit einem

Programmbeitrag² in einer Gesamtsumme rund 2 Mio. CHF. Mandate führen drei Organisationen aus³.

In den letzten zehn Jahren hat die **internationale Gemeinschaft** 6.4 Mrd. USD in die Entwicklung Boliviens investiert: 30% stammten von 14 bilateralen Gebern, 67% von multilateralen Institutionen und 3% von UNO-Organisationen. Die wichtigsten Geber sind die *Corporación Andina de Fomento*, die Interamerikanische Entwicklungsbank, die Weltbank und die Europäische Union, die gemeinsam 60% der externen Finanzierung leisteten. Die wichtigsten bilateralen Geber waren in den letzten Jahren USAID, die Nieder-

² Programmbeitragsorganisationen: Bethlehem Mission Immensee; Brücke-Le Pont; Caritas Schweiz; E-Changer; HELVETAS Swiss Intercooperation; Interteam; Schweizerisches Rotes Kreuz; Solidar Suisse; Swisscontact; Fondation Terre des Hommes.

³ Mandate: Swisscontact; HELVETAS Swiss Intercooperation; Solidar Suisse.

Das Engagement der Schweiz hat gerade deshalb grosse Glaubwürdigkeit, weil unser Land seit 43 Jahren in Bolivien solidarisch präsent ist, nachhaltige Resultate vorweisen kann und als neutrales Land keine geostrategischen Interessen verfolgt.

lande, Japan, Deutschland und Spanien. Sie kamen für 80% der Schenkungen auf. Mit bisher 20 Mio. CHF pro Jahr trug die Schweiz ca. 3% zur gesamten ODA und 10% zu den Schenkungen bei.

In den letzten Jahren haben das Gewicht und der Einfluss **nicht traditioneller Geber**, insbesondere Venezuelas und Brasiliens, signifikant zugenommen. Venezuela verfolgt mit seiner Zusammenarbeit ideologische und geostrategische Ziele, während Brasilien als Nachbar bemüht ist, zur Lösung von Problemen mit regionalem Charakter beizutragen. Dazu gehören Umwelt, Drogenhandel und Armuts-Migration.

Parallel zum markanten Anstieg der Staatseinnahmen Boliviens seit 2005 kam es in der Entwicklungslandschaft zu signifikanten Veränderungen:

■ **Das Gewicht der EZA hat sich reduziert:** Der Beitrag der internationalen EZA im Verhältnis zum BIP hat sich von 9% im 2000 auf 3.8% im 2010 reduziert; die Schenkungen allein machen lediglich noch 1.2% des BIP aus. Mit dem relativen Rückgang einher geht eine Verminderung des Gewichts der gut organisierten Gebergemeinschaft im Politikdialog, der sich zunehmend auf technische und sektorielle Themen beschränkt.

■ **Der Einfluss der Internationalen Finanzinstitutionen im politischen Dialog ist gewachsen:** Das Kreditvolumen der multilateralen Finanzinstitutionen ist nicht zuletzt dank der guten makroökonomischen Situation gestiegen. Gleichzeitig haben sich grössere bilaterale Geber zurückgezogen (DFID, Niederlande) oder ihre

Beiträge markant reduziert (USAID, Spanien, Kanada). Als Folge dieser Gewichtsverschiebung ist die Agenda der multilateralen Institutionen im Politikdialog wichtiger geworden. Für die bilateralen Agenturen wird es zunehmend schwieriger, politische Fragen wie Dezentralisierungsprozess oder Rechtsstaatlichkeit in den Dialog einzubringen.

■ **Der Stellenwert der schweizerischen EZA nimmt zu:** Der Rückzug einzelner Geber sowie die markante Reduktion der Beiträge anderer hinterlässt in einzelnen Sektoren spürbare Lücken. Damit wächst der Stellenwert der schweizerischen EZA im generellen Politikdialog und speziell in einzelnen Sektoren, wie etwa bei der Berufsbildung oder im *Watershed Management*.

Vor diesem Hintergrund besteht der **Mehrwert der internationalen Zusammenarbeit** insbesondere in ihren Beiträgen zu dringenden Infrastrukturvorhaben (Multilaterale), zu innovativen und modernen Lösungsansätzen für neue Herausforderungen (z. B. Klimawandel, DRR) oder zur Verbesserung der Gouvernanz und zur Überwindung der Ungleichheiten.

Das **Engagement der Schweiz** hat gerade deshalb grosse Glaubwürdigkeit, weil unser Land seit 43 Jahren in Bolivien solidarisch präsent ist, nachhaltige Resultate vorweisen kann und als neutrales Land keine geostrategischen Interessen verfolgt. Die demokratische Tradition und die lange Erfahrung der Schweiz mit föderaler Staatsstruktur und Bürgerbeteiligung stellen wertvolle Beiträge zum Wandel in Bolivien dar.



3. Resultate der schweizerischen Zusammenarbeit mit Bolivien 2008-2012

Im Rahmen der Kooperationsstrategie 2008-2012 hat die DEZA 94 Mio. CHF eingesetzt. Sie orientierte sich am Ziel, in den drei Interventionsbereichen Gouvernanz, Nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen und Nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung zu einem würdigeren Leben der Bolivianerinnen und Bolivianer beizutragen. Die signifikanten Änderungen in der Entwicklungspolitik des Landes, verbunden mit einem Umbau der Institutionen und der Verabschiedung neuer Politiken in allen wichtigen Bereichen, führten verständlicherweise zu Effizienzverlusten bei den öffentlichen Partnern. Projektevaluatio-

nen und eine qualitative Selbstevaluation zeigten, dass die gewählten thematischen Prioritäten relevant sind. Gemäss den jährlichen Berichterstattungen sind die Resultate in den drei Themenbereichen zufriedenstellend. Die Schweiz leistete in den letzten fünf Jahren zusammen mit anderen Gebern einen wichtigen Beitrag zur Reduktion der extremen Armut und zur Stärkung der Rechte benachteiligter Bevölkerungsgruppen.

Erkennbare Resultate und Wirkungen lassen sich insbesondere in folgenden Bereichen zeigen:



■ Der in den Neunzigerjahren begonnene **Dezentralisierungsprozess** ist in den Augen der meisten Beobachter die erfolgreichste Reform im 30-jährigen Demokratisierungsprozess Boliviens. Er wurde von der Schweiz von allem Anfang an unterstützt. Durch die Stärkung der Gemeindeverwaltungen und vor allem die Förderung der Partizipation der Zivilbevölkerung konnten in einem Drittel aller Gemeinden die Dienstleistungen im Schul- und Gesundheitswesen verbessert werden. Durch innovative Mechanismen – etwa nationale Wettbewerbe – konnte das Engagement von Jugendlichen für die Anliegen der Gemeindeentwicklung gewonnen werden. In 17 Gemeinden hat die Schweiz den Aufbau und die Stärkung von Beratungsstellen für Opfer häuslicher Gewalt unterstützt. Bemerkenswert sind die Beiträge zur landesweiten Kommunikation: Ein Netzwerk von über 200 Medienschaffenden sowie 100 lokalen Radio- und Fernsehsendern bearbeitet systematisch Themen der Gemeindeentwicklung; eine Internet-Plattform hat sich zur bedeutendsten Anlaufstelle für Gemeindefragen entwickelt.

Die **Rechte besonders vulnerabler Gruppen** konnten gestärkt werden. So ist es in Zusammenarbeit mit dem Justizministerium und lokalen Behörden gelungen, die Guaraní-Indigenen, ein Volk von 80'000 Menschen, in der Wahrnehmung und Einforderung ihrer Rechte zu stärken. Tausende Familien, die jahrzehntelang in prekären Arbeitsverhältnissen lebten, haben Landeigentum und die Bezahlung gerechterer Löhne erwirkt. Im Gouvernanzbereich kann die Effektivität in Zukunft durch eine stärkere thematische Konzentration und einen direkteren Bezug zu national getragenen Reformbemühungen noch verbessert werden.

■ Im Bereich **nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen** wurden Gemeindeverbände bei der Entwicklung und Implementierung von Plänen für das *Watershed Management* unterstützt. 40'000 Familien konnten ihr Einkommen und die Ernährungssicherheit verbessern. Das mit Unterstützung der Schweiz entwickelte und erprobte Konzept für das *Watershed Management* bildet die Grundlage für den *Plan Nacional de Cuencas*, den heute mehrere Geber und die Weltbank mitfinanzieren. Auf Gemeindeebene wurden Pläne für die Prävention von Naturkatastrophen entwickelt, die jetzt mit lokalen Finanzen umgesetzt werden. Rund 10'000 Familien konnten so ihre durch Naturkatastrophen bedingten Ernteverluste signifikant verringern. Über eine Zusammenarbeit mit der Zentralregierung wird ein Versicherungssystem eingeführt, das die ärmsten Gemeinden in der Andenregion gegen Naturkatastrophen absichert. Die Aktionen in diesem Bereich sind geographisch und inhaltlich allerdings noch zu dispers. Durch eine territoriale Bündelung und eine Fokussierung auf die Reduzierung der negativen Folgen des Klimawandels soll die Effektivität verbessert werden.

■ Im Bereich der **wirtschaftlichen Entwicklung** hat die Schweiz zur Verbesserung der Einkommen und der Beschäftigung von rund 90'000 Personen beigetragen. Das Erziehungsministerium wurde bei der Einführung eines innovativen Systems zur Qualifizierung und Zertifizierung von Berufstätigen unterstützt. Zusammen mit grösseren privaten NGOs konnten so über 20'000 Personen – davon 56% Frauen – zertifiziert und deren Chancen auf dem Arbeitsmarkt wesentlich verbessert werden. In der KMU-Förderung lag der Akzent auf dem verbesserten Zugang zu finanziellen und nicht-finanziellen Dienstleistungen sowie der landwirtschaftlichen Forschung und Beratung. 70'000 Fami-

lien, überwiegend in armen ländlichen Gegenden, profitierten von diesen Dienstleistungen und konnten ihre Einkommen signifikant verbessern. Die Wirkung kann noch verbessert werden, wenn die Anstrengungen stärker auf den Markt und auf Produkte mit hoher Wertschöpfung fokussiert werden.

Wichtige Erfahrungen und zentrale Faktoren, welche die Programmdurchführung beeinflusst haben:

- Die tiefgreifenden Veränderungen im politischen, sozialen und wirtschaftlichen Umfeld waren einerseits eine Opportunität für die Zielerreichung, denn die öffentliche Hand konnte wesentlich mehr Mittel in die Armutsreduktion investieren, und die Regierung legte einen starken Akzent auf die Stärkung der Rechte der Benachteiligten. Andererseits war dieser Prozess von grossen institutionellen Veränderungen und Personalwechseln begleitet, was die Kontinuität beeinträchtigte und zu Erfahrungs- und Kapazitätseinbussen führte.
- Die Interventionen auf lokaler Ebene waren effizient und konnten gezielt auf die ärmere Bevölkerung fokussiert

werden. In verschiedenen Bereichen – etwa im *Watershed Management* oder bei den Finanzdienstleistungen – gelang es, die Erfahrungen in Sektorpolitiken einzubringen und damit das erwünschte *scaling-up* zu erreichen.

- In allen Projekten wurden die Opportunitäten zur Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Partnern des öffentlichen Bereichs, der Zivilgesellschaft und der Privatwirtschaft genutzt. Damit kamen nicht nur Synergien zum Tragen, sondern es wurde auch ein konkreter Beitrag zum besseren gegenseitigen Verständnis geleistet.
- *Alignment* und Harmonisierung sind komplexer geworden. Der nationale Entwicklungsplan lief 2011 aus und wurde nicht erneuert. In den für die schweizerische Zusammenarbeit relevanten Sektoren gibt es nur zum Teil verbindliche Strategien. Bei den zahlreichen neuen Gesetzen besteht oft eine grosse Diskrepanz zwischen Absichten und der konkreten Umsetzung. Die Geber-Landschaft hat sich signifikant verändert. Es müssen neue Allianzen aufgebaut und Synergien gesucht werden.



Die Schweiz leistete in den letzten fünf Jahren zusammen mit anderen Gebern einen wichtigen Beitrag zur Reduktion der extremen Armut und zur Stärkung der Rechte benachteiligter Bevölkerungsgruppen.



- Die Hälfte des Programms wird direkt vom Kooperationsbüro durchgeführt, mit entsprechend hohem Aufwand fürs Projekt-Management.
- In Übereinstimmung mit den Vorgaben der Zentrale ist eine konsequentere Ausrichtung auf die Resultaterreichung und -messung erforderlich, um die Wirksamkeit des Programms weiter zu verbessern.



4. Konsequenzen für die neue Strategie

Die Fokussierung der schweizerischen Zusammenarbeit auf **Armutsreduktion** und die von gravierenden Strukturproblemen geprägte **Andenregion** bleibt pertinent. Mit der bisherigen thematischen Ausrichtung ist es gelungen, einen relevanten Beitrag zu zentralen Entwicklungszielen Boliviens zu leisten und die spezifischen Stärken der DEZA einzubringen. Die generelle thematische Orientierung wird deshalb beibehalten. Gleichzeitig erfordern aber die Veränderungen im Kontext gewichtige Anpassungen, um (i) auf die negativen Effekte des Klimawandels zu reagieren, und um (ii) die Umsetzung der Reformen im Justizbereich, in der Dezentralisierung sowie zur Stärkung der Rechte der Benachteiligten zu beschleunigen. Beides ist für ärmere Bevölkerungsgruppen entscheidend, weil

diese vom Klimawandel überproportional betroffen sind. Auch können sie von den Reformen zur Stärkung ihrer Rechte nur dann profitieren, wenn es gelingt, die Umsetzungskapazitäten der schwachen Institutionen zu stärken.

Die Änderungen im Kontext, die Analyse der erreichten Resultate und die *lessons learned* erfordern zudem folgende Anpassungen:

- Die **rasche Verstädterung** bringt neue Herausforderungen für die Armutsreduktion mit sich. Die Mehrzahl der Armen Boliviens lebt heute unter prekären Verhältnissen in den urbanen Armutsgürteln. Die Zusammenarbeit wird künftig neben der ländlichen Entwicklung auf die Verbesserung der

Die Fokussierung der schweizerischen Zusammenarbeit auf Armutsreduktion und die von gravierenden Strukturproblemen geprägte Andenregion bleibt pertinent.

Dienstleistungen in den rasch wachsenden Vorstädten ausgerichtet.

- Die zunehmenden **Konflikte und wachsenden Gouvernanzprobleme** haben negative wirtschaftliche und soziale Konsequenzen für die Entwicklung des Landes. In den Projekten und Programmen werden deshalb Methoden und Instrumente eingeführt, die zur Konfliktprävention und -lösung beitragen. Gleichzeitig wird Gouvernanz als Transversalthema vertieft behandelt.
- Die **Stärkung der institutionellen Kapazitäten** auf Gemeinde-, Departements- und nationaler Ebene hat hohe Priorität, damit die armutsrelevanten Reformen umgesetzt und die rasch wachsenden Mittel der öffentlichen Hand effizient und wirkungsvoll investiert werden. Das Programm privilegiert die Entwicklung der Kapazitäten auf lokaler Ebene und die Förderung einer konstruktiven Zusammenarbeit zwischen dem öffentlichen Sektor und der Zivilgesellschaft sowie dem Privatsektor. Um das *scaling-up* zu verbessern, werden diese Akteure darin unterstützt, ihre Erfahrungen, Interessen und Expertise in die nationale Politik einzubringen.
- Durch eine **stärkere thematische Fokussierung der Projekte und Programme** und durch eine grössere Auslagerung

der Projektdurchführung an Dritte werden die Komplexität der Projekte und der Aufwand fürs Projektmanagement reduziert. In der Planung aller Projekte wird auf eine präzise inhaltliche Ausrichtung geachtet, um der breiten thematischen Fächerung entgegenzuwirken. Das Kooperationsbüro wird sich damit vermehrt auf die strategische Steuerung, den Politikdialog, die Förderung einer an Resultaten orientierten Implementierung sowie das Monitoring der Resultate konzentrieren.

- Die Effektivität und die Relevanz der DEZA-Arbeit kann durch eine **verstärkte Zusammenarbeit mit andern Gebern** erhöht werden. Insbesondere die Kooperation mit *like minded donors* (Dänemark, Deutschland, Schweden, Kanada) gilt es auszubauen und Allianzen mit multilateralen Institutionen (IDB, WB, UN-System) zu festigen.
- Die **Zusammenarbeit zwischen regionaler und globaler Kooperation** der DEZA wird in den Themen CC, Ernährungssicherheit und integrales Wassermanagement gestärkt. Die neue Ausrichtung des Programms erfordert eine verstärkte Zusammenarbeit mit der globalen Kooperation. Gleichzeitig werden die Erfahrungen des Bolivienprogramms in den internationalen Themendialog eingebracht.



5. Die Strategie 2013-2016: Ziele und Prioritäten

5.1 Oberziel

Die Strategie 2013-2016 der DEZA (Regionale Zusammenarbeit und Humanitäre Hilfe) will primär die Opportunitäten nutzen, die sich aus der Kongruenz der Ziele Boliviens und der Schweiz in der Armutsbekämpfung ergeben. Bolivien mit seinem stark angestiegenen Investitionsbudget soll unterstützt werden, möglichst wirkungsvoll auf seine Ziele hinzuarbeiten. In den letzten Jahren hat das Land signifikante Fortschritte in der Reduktion der Armut und der Ungleichheiten gemacht. Die Schweiz will Bolivien unterstützen, diesen Trend fortzusetzen. Die Armutsbekämpfung wird noch stärker auf die am meisten benachteiligten Grup-

pen ausgerichtet: Frauen und Indigene. Das Oberziel der Strategie 2013-2016 der DEZA lautet deshalb:

Die Schweiz trägt dazu bei, dass der Veränderungsprozess und die rasch wachsenden Mittel der öffentlichen Hand die ärmere Bevölkerung überdurchschnittlich begünstigen und sich damit die Armut und die Ungleichheiten signifikant reduzieren.

Die Strategie 2013-2016 gibt Antworten auf drei zentrale Zukunftsfragen Boliviens: (i) die **Konsolidierung des Demokratisierungsprozesses**, (ii) die Anpassung an die Bedrohungen durch den **Klimawandel**, der die Lebensgrundlagen insbesondere der armen Bevölkerung in Frage stellt und



(iii) die Stärkung der **Produktivität der Wirtschaft**, um der einseitigen Ausrichtung auf den Abbau von Rohstoffen entgegenzuwirken. Diese Ausrichtung entspricht den in der *Botschaft zur Internationalen Zusammenarbeit der Schweiz 2013-2016* festgelegten Themen Dezentralisierung, Klimawandel, sowie Beschäftigung und Einkommen.

Abgestimmt auf dieses Oberziel priorisiert die Schweiz die drei folgenden thematischen Bereiche (5.2, 5.3, 5.4):

5.2 Dezentralisierung und Menschenrechte

5.2.1 Kontext

Der Dezentralisierungsprozess begann anfangs der Neunzigerjahre und ist eine der erfolgreichsten Reformen. Vor allem die Autonomie auf Gemeindeebene hat sich seither stark entwickelt – bedeutend weniger diejenige auf Departementsebene. Das 2010 in Kraft getretene Autonomiegesetz ist die Basis für die Vertiefung dieser Reform. Rund 30% der Mittel der öffentlichen Hand (ca. 1'700 Mio. CHF) werden heute über die Gemeinden kanalisiert. Eine grosse Herausforderung besteht in der tatsächlichen Ausschöpfung und qualitativ guten Investition der rasch wachsenden Mittel.

Die Rechte der Frauen auf ein gewaltfreies Leben sowie auf politische Teilnahme werden regelmässig verletzt. Seit kurzem verfügt Bolivien allerdings über eine der fortschrittlichsten Gesetzgebungen in der Region zum Schutz der Rechte der Frauen. Netzwerke von öffentlichen und privaten Akteuren engagieren sich für die Umsetzung, die aber insgesamt noch in den Anfängen steckt. Im Justizsektor gibt es interessante Reformansätze zur Erhöhung der Effizienz und zur Verbesserung des Zugangs zu Justiz für vulnerable Bevölkerungsgruppen wie Frauen und Indigene.

5.2.2 Beitrag der Schweiz

■ **Verbesserung der staatlichen Dienstleistungen auf Gemeindeebene:** Die DEZA wird – basierend auf ihrer langjährigen Erfahrung in der Stärkung der Bürgerbeteiligung sowie der Kapazitätsbildung der Gemeinderegierungen – den Zugang zu Dienstleistungen und deren Qualität verbessern helfen. Im Vordergrund stehen Bildung und Gesundheit, weil diese für die Überwindung von Ungleichheiten besonders wichtig sind. Partner sind neun Gemeindeverbände in den Departementen, das Autonomieministerium sowie eine Reihe bolivianischer Nichtregierungsorganisationen.

■ **Stärkung der Rechte von vulnerablen Gruppen:** Die Rechte der Frauen werden insbesondere in zwei Bereichen gestärkt: (i) Opfern von häuslicher Gewalt wird der Zugang zu Beratungsstellen ermöglicht, die sich in allen Gemeinden im Aufbau befinden; (ii) Frauen in politischen Ämtern auf Gemeindeebene werden in der Ausübung ihrer Funktionen gestärkt, damit sie armutsrelevanten Politiken zum Durchbruch verhelfen. Weiter wird ein Beitrag zur Umsetzung von Reformen geleistet, die den Zugang zur Justiz für besonders benachteiligte Bevölkerungsgruppen verbesser-

tern. Schliesslich wird – zusammen mit anderen bilateralen Gebern – der Fünf-Jahresplan (2012-2016) der nationalen Ombudsstelle zum Schutz der Menschenrechte unterstützt.

5.2.3 Erwartete Resultate

- In einem Drittel der Gemeinden Boliviens werden die Dienstleistungen im Bereich Bildung und Gesundheit verbessert. Davon profitieren insbesondere Frauen und Jugendliche in ländlichen Gemeinden und in städtischen Armutsvierteln.
- Die Wahrnehmung wichtiger Rechte von Frauen und Indigenen verbessert sich substantiell. Im Zentrum stehen die Rechte auf ein gewaltloses Leben und politische Partizipation von Frauen sowie der Zugang zu Rechtsprechung.

5.3 Minderung der Folgen des Klimawandels (CC)

5.3.1 Kontext

Um dem Klimawandel begegnen zu können, hat die bolivianische Regierung eine Reihe von Gesetzen erlassen und Strategien entwickelt. Ziel ist es, traditionelles Wissen aufzuwerten, die wirtschaftliche Entwicklung und die Rechte der "Mutter Erde" in Einklang zu bringen sowie einen Fonds zur Finanzierung von Umweltmassnahmen ("*Fondo de Justicia Ambiental*") zu schaffen. Schlüsselprioritäten sind Ernährungssicherheit, das Recht auf Wasser für alle und Widerstandsfähigkeit gegenüber negativen Effekten des Klimawandels. Erste konkrete Massnahmen wurden ergriffen. Bereits 14% des nationalen Budgets stehen für das Management natürlicher Ressourcen zur Verfügung. Damit werden beispielsweise mehr öffentliche Investitionen für die Reduzierung der Risiken und die Anpassung an den Klimawandel auf allen Ebenen des Staates finanziert, aber auch der nationale Plan zum Schutz der

Wassereinzugsgebiete (*Plan nacional de cuencas*), der zusätzlich von bilateralen Gebern und der Weltbank unterstützt wird. Trotz dieser positiven Entwicklungen harzt es bei der wirkungsvollen Umsetzung von Strategien und Gesetzen. Hindernisse sind insbesondere mangelnde institutionelle Kapazitäten, widersprüchliche Prioritäten zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und Umweltschutz sowie der komplexe Dezentralisierungsprozess.

5.3.2 Beitrag der Schweiz

■ **Anpassung an den Klimawandel in ländlichen Gebieten:** Die DEZA unterstützt in Bolivien seit Jahren – mit gutem Erfolg – Programme zur Verbesserung des Managements von natürlichen Ressourcen. Im Vordergrund stehen dabei Systeme zur nachhaltigen Landnutzung und Massnahmen zum Schutz von Wassereinzugsgebieten (*watershed management*). Die Schweiz wird dieses *know-how* in ländlichen Regionen des besonders betroffenen Hochlands einbringen und konsequent auf die Anpassung an die negativen Folgen des Klimawandels fokussieren. Im Vordergrund stehen dabei die Unterstützung der regionalen Behörden bei der Erarbeitung und Umsetzung von Nutzungsplänen, die integrale Wassernutzung, eine angepasste Landnutzung sowie die Ernährungssicherheit.

Zusätzlich zu den direkten Interventionen in ausgewählten Regionen werden die gewonnenen Erfahrungen den nationalen Institutionen zur Verfügung gestellt, damit sie bei der Umsetzung der nationalen Pläne zur Anpassung an den CC genutzt werden können. Gleichzeitig soll Bolivien darauf vorbereitet werden, Zugang zur internationalen Finanzierung von CC-Massnahmen zu erhalten. DRR ist nicht nur in diesem Bereich zentral, sondern wird zusätzlich als Transversalthema sowohl in der nationalen als auch in der lokalen Gouvernanz und der Förderung



Die Schweiz trägt dazu bei, dass der Veränderungsprozess und die rasch wachsenden Mittel der öffentlichen Hand die ärmere Bevölkerung überdurchschnittlich begünstigen und sich damit die Armut und die Ungleichheiten signifikant reduzieren.



der wirtschaftlichen Entwicklung zur Anwendung kommen.

- **Reduktion der Umweltverschmutzung in städtischen Gebieten:** Umweltverschmutzung ist in den von Armut geprägten städtischen Randgebieten eines der zentralen Probleme, das von der internationalen Zusammenarbeit bisher nur marginal behandelt wurde. Die Schweiz wird deshalb ihre langjährigen Erfahrungen in Bolivien und in der Region in den Themen Abfallbeseitigung, Luftreinhaltung und Aufbereitung von Abwasser einbringen und mittelgroße Städte unterstützen, ihre Umweltprobleme zu lösen. In den genannten Bereichen kann zudem wertvolles schweizerisches *know-how* aus dem Privatsektor und von Universitäten mobilisiert werden.

Anbaumethoden an und können damit die negativen Effekte des CC abfedern.

- In 15 mittelgroßen Städten wird die Umweltverschmutzung reduziert (Abfall, Wasser) und die Luftqualität verbessert.

5.4 Beschäftigung und Einkommen

5.4.1 Kontext

Ein zentrales Hindernis für die Verbesserung der Produktivität und die Schaffung würdiger Arbeitsplätze ist die ausserordentlich hohe Informalitätsrate (ca. 80% der Betriebe). Trotz der guten makroökonomischen Situation ist es nicht gelungen, das *business climate* zu verbessern. Im *ranking* des WEF rangiert Bolivien weit hinten auf Platz 103. Hingegen haben die Anstrengungen der Regierung zur wirtschaftlichen Entwicklung der traditionell vernachlässigten Bevölkerung im ländlichen Raum in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Die drei Ebenen des Staates investieren in (i) die Ausweitung der Finanzdienstleistungen für kleine und mittlere Betriebe, (ii) den Ausbau der Infrastruktur (Strassen, Bewässerung), (iii) den Aufbau eines nationalen Forschungs- und Beratungssystems sowie (iv) den Aufbau staatlicher Verarbeitungsbetriebe. Die Wirksamkeit leidet einerseits unter der mangelhaften Koordination zwischen den vielen beteiligten Institutionen, andererseits fehlt es an Anreizen für private Investitionen. Die Berufsbildung hat in der neuen Erziehungspolitik einen hohen Stellenwert. In allen öffentlichen Mittelschulen ist technische Ausbildung Teil des Lehrplans. Auch werden neue Modalitäten der Berufsbildung angeboten, die auf die Qualifizierung und Anerkennung von empirisch erworbenen Fähigkeiten abzielen. Die Umsetzung der Reform bedingt hohe Investitionen in Ausrüstung, in die Ausbildung der Instrukturen und in die Entwicklung der Lehrgänge.



5.3.3 Erwartete Resultate

- Öffentliche und private Akteure sind in der Lage, finanzielle und personelle Ressourcen für DRR und Massnahmen zur Anpassung an den CC effizient und wirksam zu Gunsten vulnerabler Gruppen einzusetzen.
- Ärmere Bauernfamilien passen ihre Land- und Wassernutzung sowie die

5.4.2 Beitrag der Schweiz

a. Entwicklung ländlicher Märkte: Die Schweiz wird ihre langjährige Erfahrung im Aufbau von Finanzdienstleistungen und betreffend Innovationen für die Landwirtschaft stärker auf die Entwicklung ländlicher Märkte konzentrieren. Dies geschieht durch eine Fokussierung auf ausgewählte Wertschöpfungsketten vor allem landwirtschaftlicher, aber auch anderer Produkte, kombiniert mit Massnahmen zur lokalen Wirtschaftsentwicklung. Ausgehend von der Nachfrage werden auf lokaler Ebene und entlang der Wertschöpfungsketten die öffentlich-private Zusammenarbeit sowie das Angebot an Dienstleistungen gefördert. Spezielle Aufmerksamkeit verdient zudem die Schaffung von Anreizen für ein stärkeres Engagement von privaten Akteuren in der Verarbeitung und bei der Erschliessung der Märkte. Eine Zusammenarbeit mit dem nationalen landwirtschaftlichen Forschungs- und Beratungssystem wird sowohl zur Entwicklung der *value chains* beitragen als auch zur Anpassung an den CC.

b. Berufsbildung: In der Berufsbildung für benachteiligte Sektoren kann die Schweiz ihre eigene Erfahrung und das in verschiedenen Ländern Lateinamerikas erworbene *know-how* einbringen. Die Zusammenarbeit mit dem Erziehungsministerium ist auf die Weiterentwicklung und die landesweite Einführung des normativen Rahmens für die Berufsbildung ausgerichtet. Ein flexibles System wird es benachteiligten Jugendlichen, insbesondere jungen Frauen, erlauben, Berufsbildung und Lohnarbeit zu kombinieren und so ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt signifikant zu verbessern. Für die konkrete Umsetzung der Ausbildung wird die Zusammenarbeit mit effizienten und professionellen privaten Partnern weitergeführt und so das *scaling-up* sichergestellt. Neu wird die Berufsbildung

auch in marginalen städtischen Vierteln unterstützt und die Zusammenarbeit mit dem Privatsektor gestärkt.



5.4.3 Erwartete Resultate

- Benachteiligte Gruppen, insbesondere Frauen und Jugendliche, verbessern ihr Einkommen und den Zugang zu Arbeitsplätzen nachhaltig.
- Die Rahmenbedingungen für Unternehmensentwicklung und der Zugang zu Finanzdienstleistungen und technischer Ausbildung verbessern sich.

5.5 Transversalthemen: Gender und Gouvernanz

Die Umsetzung der Transversalthemen orientiert sich an der Strategie der Abteilung Lateinamerika. In allen Projekten und über den gesamten PCM-Zyklus wird die **Gender-Dimension** vollständig integriert, von der Sektoranalyse über affirmative Aktionen bis zum Monitoring mit nach Geschlechtern aufgeschlüsselten Daten. Die Weiterbildung der DEZA-Equipe, der Projektequipes und Partner verstärkt die Gender-Sensibilität. In allen Projekten wird weiterhin ein auf Gender spezialisierter *focal point* vertreten sein, der den Aus-

tausch von Kenntnissen und Erfahrungen fördert.

Zur Verbesserung der **Gouvernanz** wird in allen Projekten der Nicht-Diskriminierung Rechnung getragen; dies betrifft insbesondere die Gewährung gleicher Rechte und die Rücksichtnahme auf kulturelle Werte. Die Rechenschaftslegung wird auf allen Ebenen – auch von der DEZA

gegenüber Partnern und Begünstigten – eingefordert. Zudem bewirkt die Stärkung der institutionellen Kapazitäten der Partner eine wirkungsvollere Erfüllung der Aufgaben. Im gesamten Programm wird der *human rights based approach* angewandt. Bürgerinnen und Bürger werden in der Wahrnehmung ihrer Rechte und Pflichten, staatliche Akteure in der Erfüllung ihrer Verpflichtungen gestärkt.



6. Programm-Umsetzung

Für die Jahre 2013-2016 ist ein Budget von 117 Mio. CHF vorgesehen, davon 107 Mio. CHF aus Ressourcen der Regionalen Zusammenarbeit und 10 Mio. CHF der Humanitären Hilfe. Die Verteilung auf die drei Bereiche ist wie folgt vorgesehen:

- Minderung der Folgen des Klimawandels 35-40%,
- Beschäftigung und Einkommen 25-30%,
- Dezentralisierung und Menschenrechte 20%, sowie
- für andere Opportunitäten und Büro-management rund 10-15%.

Die jährlichen Ausgaben werden von 23 Mio. CHF (2012) auf 30 Mio. CHF im

Jahr 2016 ansteigen. Zusätzlich sind für Programmbeiträge an schweizerische Hilfswerke rund 2 Mio. CHF pro Jahr geplant.

Das **Budget nach Finanzquellen** sieht wie folgt aus:

	2013	2014	2015	2016	Total	%
Regionale Zusammenarbeit	26	26	27	28	107	86%
Humanitäre Hilfe	2	3	3	2	10	8%
Beiträge an Schweizerische Hilfswerke	2	2	2	2	8	6%
Total	30	31	32	32	125	100%

Die vorliegende Strategie dient als Orientierungsrahmen der finanziellen Verpflichtungen. Die meisten Programme und Projekte der bilateralen Zusammenarbeit

erstrecken sich über mehrere Jahre, so dass unvorhergesehene Ereignisse zu Verzögerungen oder Unterbrechungen führen können. Erfahrungsgemäss sichert ein Verpflichtungsvolumen, das rund 20 bis 25 Prozent über dem Ausgabenvolumen liegt, eine optimale Ausschöpfung des Budgets. Die geplanten neuen Verpflichtungen **pro Interventionsbereich** sind in der folgenden Tabelle abgebildet:

Zusammenarbeitsbereich	Neue Verpflichtungen 2013-2016 (in Mio. CHF)	Neue Verpflichtungen 2013-2016 (in %)
Dezentralisierung und Menschenrechte	30	20%
Minderung der Folgen des Klimawandels	52-60	35-40%
Beschäftigung und Einkommen	38-45	25-30%
Andere Opportunitäten + Büromanagement	15-22	10-15%

Die Zusammenarbeit wird sich auf pragmatische Art und Weise an die nationalen Politiken und Prozeduren anlehnen, wobei aufgrund der politischen Risiken weiterhin die sub-nationale Ebene verstärkt berücksichtigt wird.

Die DEZA wird sich konsequent für die Stärkung der Rolle der Zivilgesellschaft einsetzen und die Zusammenarbeit mit Akteuren der Privatwirtschaft ausbauen (*public private development partnership*).

Kompetenzbildung und Mitgestaltung von staatlichen Politiken geniessen in allen Projekten und Programmen weiterhin einen hohen Stellenwert. Über systematisches *knowledge management* wird Wissen den relevanten Akteuren im Land – Praktikern, Politikern, Medien, Universitäten – zur Verfügung gestellt.

Die bewährte Arbeitsweise der Intervention auf lokaler Ebene, verbunden

mit Strategien zur Einflussnahme auf Systemebene, hat im aktuellen Umfeld gutes Potenzial, den Wandel zugunsten der Benachteiligten voranzubringen.

Die Zusammenarbeit mit den globalen DEZA-Programmen Klimawandel, Wasser und Ernährungssicherheit wird einerseits über die bestehenden Netzwerke und andererseits durch eine direkte Zusammenarbeit mit dem Andenprogramm der globalen Kooperation verstärkt.

Das Kooperationsbüro wird den erhöhten Programmumsatz mit in etwa gleichbleibendem Personalbestand bewältigen und somit die Effizienz erhöhen. Dies wird möglich durch (i) die vermehrte Delegation bei der Umsetzung der Projekte und (ii) erweiterte Kofinanzierungen mit Multilateralen Institutionen, vor allem WB, IDB sowie Organisationen der UNO. Die verstärkte Zusammenarbeit mit den multilateralen Akteuren erlaubt das *scaling-up* erprobter Ansätze und die Entwicklung nationaler Kapazitäten. Der Anteil an Projekten, der vom Kooperationsbüro direkt implementiert wird, soll auf 20 bis max. 30% gesenkt werden.

Die Equipe des Kooperationsbüros übernimmt verstärkt die Rolle der Programmsteuerung, des Politikdialogs sowie der Überwachung und Begleitung der Projektdurchführung.

Die Auflösung des Schweizer Konsulats Mitte 2013 und die geplante Überführung der Botschaft in eine "Botschaft Projekte/Programme" bringt eine Reorganisation des gesamten administrativen Bereichs mit sich. Die Zahl der internationalen Mitarbeitenden der Botschaft (unter Einschluss des Kooperationsbüros) wird von acht auf fünf reduziert.



7. Programmsteuerung

Die DEZA geht für die Jahre 2013-2016 von zwei Szenarien aus:

- Im wahrscheinlicheren Fall **setzen sich die aktuellen Entwicklungen fort**: Das wirtschaftliche Wachstum und die Sozialpolitik der Regierung führen zu erhöhter Wohlfahrt und Reduktion der Ungleichheit. Auf nationaler Ebene dauert eine gewisse politische Instabilität an; auf diese Entwicklung reagiert die DEZA mit einer Priorisierung der sub-nationalen Ebene. Negative Phänomene wie externe Schocks bleiben aus. In diesem Fall kann die Strategie wie geplant umgesetzt werden.
- Im weniger wahrscheinlichen Fall **kommt es zu einem Bruch des Wirtschaftsmodells** aufgrund externer

Schocks (Volatilität der Rohstoffpreise) und/oder einer drastischen Verschlechterung der Gouvernanz mit einer weiteren Polarisierung und Fragilisierung der politischen Sphäre, einer Zuspitzung von Konflikten und einer Verschlechterung der Rechtssicherheit. In diesem Fall müsste eine Neubeurteilung der Situation und eine Anpassung der Strategie vorgenommen werden.

Die nationalen Wahlen 2014 bilden voraussichtlich den kritischen Punkt in der weiteren Entwicklung des Umfeldes. Eine knappe Mehrheit der Regierungspartei oder unklare Mehrheitsverhältnisse können die Szenarien in die eine oder andere Richtung kippen lassen: grössere Polarisierung oder aber vermehrter Druck zu konstruktiver überparteilicher Zusam-

menarbeit. Eine *mid term review* soll nach den Wahlen 2014 den Kontext und die Konsequenzen für das Programm beurteilen und gegebenenfalls Anpassungen bezüglich thematischer Ausrichtung, Partnerschaften und Umsetzungsmodalitäten prüfen.

Wenn das erste Szenario eintritt und sich die Armutsreduktion und die ökonomische Entwicklung Boliviens bis 2016 im positiven Sinn weiterentwickeln und die soziale Ungleichheit weiter abnimmt, wird sich das Land definitiv unter den *Middle Income Countries* eingereiht haben. Für die DEZA stellt sich dann die Frage der Anpassung ihrer Strategie an die Bedingungen eines *Middle Income Country*.

Zentrales Element der Programmsteuerung ist das **Monitoring der Kooperationsstrategie** (Annex 3: Monitoring-System der Kooperationsstrategie 2013-2016). Dieses erfüllt drei Zwecke:

- Die Steuerung der Strategie zur Sicherstellung von Wirkung und Pertinenz des Schweizer Portefeuilles;
- Rechenschaftsablegung über die Resultate in erster Linie gegenüber der Zentrale und in zweiter Linie gegenüber weiteren interessierten Akteuren u.a. in Bolivien;
- Kapitalisierung der Resultate und Erfahrungen.

Für das Monitoring trägt das Kooperationsbüro die Hauptverantwortung, wobei es eng mit den Partnern zusammenarbeitet. Viele Programme und Partner haben in den vergangenen Jahren gut funktionierende Monitoring-Systeme entwickelt, die jetzt zum Tragen kommen werden. Gemeinsam

werden der Entwicklungskontext analysiert und die Ergebnisse beurteilt. Das Monitoring findet auf drei Ebenen statt:

- Das **context monitoring** wird unter Zuhilfenahme des Monitoring entwicklungsrelevanter Veränderungen, MERV, durchgeführt, wobei dieses auf den bolivianischen Kontext zugeschnitten wird. Das Monitoring enthält die jährliche Beurteilung von Schlüsselindikatoren, um die Entwicklungsschritte des Landes zu messen. Das *context monitoring* erlaubt es, Risiken abzuwägen und die Strategie allenfalls anzupassen.
- Das **Monitoring der Fortschritte Boliviens** in den Zusammenarbeitsbereichen sowie die **Beurteilung der Resultate der schweizerischen Zusammenarbeit** wird anhand des *Results Framework* (RF) vorgenommen (Annex 2). Die Jahresberichte des Kooperationsbüros geben Bescheid über die Resultate und erlauben eine Selbstbeurteilung sowie allenfalls Anpassungen der Strategie. Das RF wird als lebendiges Instrument verwendet. Insbesondere Resultate und Indikatoren auf Landesebene können sich fortentwickeln, weil sie von politischen Zyklen beeinflusst werden und sich auf dynamische nationale und sektorische Referenzdokumente abstützen.
- Schliesslich wird im Rahmen der Jahresberichterstattung beurteilt, **wie wirksam und effizient das Kooperationsbüro die Implementierung der Kooperationsstrategie umsetzt**. In spezifischen Berichten legt das KoBü Rechenschaft ab über bestimmte Parameter bezüglich Managementqualität und Effizienz beim Management des Projekt-Portfolios.



Anhänge



Anhang 1 Synopsis Kooperationsstrategie Bolivien 2013-2016

Oberziel		
Die Schweiz trägt dazu bei, dass der Veränderungsprozess und die rasch wachsenden Mittel der öffentlichen Hand die ärmere Bevölkerung überdurchschnittlich begünstigen und sich damit die Armut und die Ungleichheiten signifikant reduzieren.		
Interventionsbereiche		
Dezentralisierung und Menschenrechte	Minderung der Folgen des Klimawandels	Beschäftigung und Einkommen
<i>Gender und Gouvernanz als Transversalthemen</i>		
Ziele		
Die lokalen Dienstleistungen für verletzte ärmere Bevölkerungsgruppen haben sich verbessert. Zudem können sie wichtige Rechte besser geltend machen.	Vulnerable Bevölkerungsgruppen können sich besser an die negativen Effekte des Klimawandels anpassen und sind weniger anfällig gegenüber Naturkatastrophen.	Durch verbesserten Zugang zu Dienstleistungen und Märkten werden Arbeitsplätze geschaffen und Einkommensverbesserungen erzielt.
Schweizer Beitrag (Regionale Zusammenarbeit und Humanitäre Hilfe)		
In einem Drittel der Gemeinden Boliviens werden die Dienstleistungen im Bereich Bildung und Gesundheit verbessert. Davon profitieren insbesondere Frauen und Jugendliche in ländlichen Gemeinden und städtischen Armutsvierteln.	Öffentliche und private Akteure sind in der Lage, finanzielle und personelle Ressourcen für DRR und Massnahmen zur Anpassung an den Klimawandel effizient und wirksam zu Gunsten vulnerabler Gruppen einzusetzen.	Benachteiligte Gruppen, insbesondere Frauen und Jugendliche, verbessern ihr Einkommen und den Zugang zu Arbeitsplätzen nachhaltig.
Die Wahrnehmung wichtiger Rechte von Frauen und Indigenen verbessert sich substantiell. Im Zentrum stehen die Rechte auf ein gewaltloses Leben und politische Partizipation von Frauen sowie der Zugang zu Rechtsprechung.	Ärmere Bauernfamilien passen ihre Land- und Wassernutzung sowie die Anbaumethoden an und können damit die negativen Effekte des Klimawandels abfedern.	Die Rahmenbedingungen für Unternehmensentwicklung und der Zugang zu Finanzdienstleistungen und technischer Ausbildung verbessern sich.
	In 15 mittelgrossen Städten wird die Umweltverschmutzung reduziert (Abfall, Wasser) und die Luftqualität verbessert.	
Budget (exkl. Büromanagement und andere Opportunitäten)		
23 Mio. CHF (20%)	43 Mio. CHF (37%)	35 Mio. CHF (30%)

Anhang 2 Results Framework Kooperationsstrategie Bolivien 2013-2016

Strategisches Ziel
Die Schweiz trägt dazu bei, dass der Veränderungsprozess und die rasch wachsenden Mittel der öffentlichen Hand die ärmere Bevölkerung überdurchschnittlich begünstigen und sich damit die Armut und die Ungleichheiten signifikant reduzieren.
Indikatoren:
<ul style="list-style-type: none"> Zwischen 2007 und 2010 hat die mittlere Armut um 10 Prozentpunkte abgenommen (von 60% auf 50%). Die nationalen Behörden gehen davon aus, dass diese Tendenz anhält. Die Zielgrösse für 2016 wird im nächsten nationalen Entwicklungsplan definiert (in Erarbeitung). Zwischen 2007 und 2010 hat die extreme Armut von 37% auf 24% abgenommen. Die Behörden gehen davon aus, dass diese Tendenz anhält. Die Zielgrösse für 2016 wird im nächsten nationalen Entwicklungsplan definiert (in Erarbeitung). Zwischen 2005 und 2009 hat der GINI-Koeffizient betreffend Einkommen von 0.6 auf 0.5 abgenommen. Die Behörden gehen davon aus, dass diese Reduktion weiter anhält.

Interventionsbereich 1: Dezentralisierung und Menschenrechte Thema Nr. 7 der Botschaft über die IZA 2013-2016: Staatsreform, Lokalverwaltung und Bürgerbeteiligung		
(1) Wirkung des DEZA-Portfolios	(2) Beitrag des DEZA-Programms	(3) Entwicklungseffekte des Landes
<p>Wirkung 1: Verbesserung der öffentlichen Dienstleistungen</p> <p>Die öffentlichen Dienstleistungen in den Gemeinden, wo die Schweizer Kooperation⁴ interveniert, sind verbessert worden.</p> <p>Indikator 1</p> <p>Steigerung von jährlich 10% der Anzahl Bürgerinitiativen, welche auf Gemeindeebene konkrete Auswirkung betreffend Zugang und Qualität der Dienstleistungserbringung im Bereich Gesundheit und Erziehung zeigen.</p> <p>Baseline: 61 Initiativen (2011)</p> <p>Ziel 2016: 100 Initiativen/Jahr haben konkrete Wirkung gezeigt.</p> <p>Indikator 2</p> <p>Die Kapazitäten der Gemeinden für die effiziente Verwaltung ihres Budgets für Erziehung und Gesundheit sind verbessert.</p> <p>Baseline: tbd. Juni 2013</p> <p>Ziel 2016: tbd. Juni 2013</p> <p>Indikator 3</p> <p>Zahl der Fälle von Gewalt an Frauen, die dank der Schweizer Unterstützung durch den öffentlichen Dienst effektiv betreut wurden (SLIMs, Brigaden, Präventionsnetze).</p> <p>Baseline: 5'500 Frauen (2011)</p> <p>Ziel 2016: 16'000 Frauen/Jahr</p>	<p>Bezug zwischen (1) und (3)</p> <p>Die von der DEZA gestärkten Kapazitäten in spezifischen öffentlichen Sektoren tragen zur Verbesserung der Qualität der Dienstleistungen auf lokaler Ebene bei. Die wachsende Beteiligung der Zivilgesellschaft trägt zusätzlich zur Verbesserung der priorisierten Dienstleistungen bei.</p> <p>Annahmen</p> <p>Der politische Wille zum Dialog mit der Zivilgesellschaft bleibt bestehen, ebenso die Bereitschaft zur dezentralen Ressourcen- und Budgetallokation. Wieder aufkeimende Zentralisierungstendenzen beeinträchtigen fundamentale Aspekte des Autonomieverzesses (v.a. auf Gemeindeebene) nicht.</p> <p>Um ein <i>scaling-up</i> zu erreichen, wird eine Zusammenarbeit mit anderen Gebern sowie mit dem Autonomieministerium angestrebt.</p> <p>Risiken</p> <p>Die Politisierung von Dienstleistungsorganisationen (FOCAM, EMD) limitiert eine rationale Zuteilung von Ressourcen.</p>	<p>Wirkung 1: Verbesserung der öffentlichen Dienstleistungen (Autonomiegesetz Art. 7)</p> <p>Das öffentliche Management ist gestärkt worden, um effizient und opportun auf die soziale Nachfrage reagieren zu können. Dies schliesst die Beteiligung und Einflussnahme der Bürgerinnen und Bürger an politischen Entscheidungen ein.</p> <p>Indikator 1</p> <p>Fähigkeit der Gemeinden, ihr Budget auszugeben: Durchschnittliche Ausgabe in % der Gemeindebudgets .</p> <p>Baseline: 50% (2012; Quelle: Finanzministerium)</p> <p>Ziel 2016: 80%</p> <p>Indikator 2</p> <p>Steigerung der Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger bezüglich Erbringung von staatlichen Dienstleistungen.</p> <p>Baseline: Gesundheit: 37, Erziehung: 55 (Index 2010 Latino-Barometro)</p> <p>Ziel 2016: Gesundheit: 50, Erziehung: 65</p>

⁴ Im weiteren Verlauf des Textes beziehen sich Indikatoren und Zielwerte des Schweizer Portfolios der Kooperationsstrategie 2013-2016 immer auf die Interventionsgebiete der Schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit (DEZA).

(1) Wirkung des DEZA-Portfolios	(2) Beitrag des DEZA-Programms	(3) Entwicklungseffekte des Landes
<p>Wirkung 2: Stärkung der Menschenrechte</p> <p>Die verletzlichsten Bevölkerungsgruppen (indigene Gruppen, Frauen, Kinder) sind in der Wahrnehmung ihrer Rechte gestärkt.</p> <p>Indikator 1</p> <p>Prozentuale Steigerung der Anzahl Personen, deren Rechte mittels Defensor del Pueblo (Ombudsmann für Menschen- und Bürgerrechte) oder anderen staatlichen Mechanismen, die von der Schweiz unterstützt werden, wieder hergestellt worden sind.</p> <p>Baseline: 3250 Personen (2011, Quelle: Defensor del Pueblo)</p> <p>Ziel 2016: 4500 Personen</p> <p>Indikator 2</p> <p>Anzahl Personen, welche ihre Rechte dank besserem Zugang zur Justiz haben stärken können.</p> <p>Baseline + Ziel 2016: tbd. im Planungsprozess des neuen Programms (März 2013)</p>	<p>Bezug zwischen (1) und (3)</p> <p>Die Unterstützung von staatlichen Mechanismen zum Schutz der Menschenrechte stärkt benachteiligte Bevölkerungsgruppen in der Ausübung ihrer Rechte.</p> <p>Annahmen</p> <p>Die Stärkung der Staatsbürgerinnen und -bürger in ihren Rechten fördert eine demokratische Kultur.</p> <p>Risiken</p> <p>In Zeiten wachsender Konfliktivität können Tendenzen zur verstärkten politischen Einflussnahme seitens der Regierung die Arbeit von Institutionen zur Verteidigung von Menschenrechten in Frage stellen.</p>	<p>Wirkung 2.1: Staat garantiert Menschenrechte</p> <p>Der Staat garantiert und fördert die Erfüllung seiner Pflichten in Bezug auf die Menschenrechte (Nationaler MR-Aktionsplan 2009-2013, Kapitel 2, Ziff. 3).</p> <p>Indikator 1</p> <p>Reduktion der Anzahl der eingegangenen Anzeigen betreffend Verletzungen von Rechten.</p> <p>Baseline: 13'871 (2011)</p> <p>Quelle: Defensor del Pueblo</p> <p>Ziel 2016: tbd. Juni 2013</p> <p>Indikator 2</p> <p>Steigerung der Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger bezüglich Zugang zu Justiz.</p> <p>Baseline: 16 (Index 2010, Latinobarometro)</p> <p>Ziel 2016: 30</p> <p>Wirkung 2.2: Gemäss nationalem Plan zur Gleichberechtigung von Mann und Frau hat der bolivianische Staat bis 2020 Bedingungen für ein Leben der Frauen frei von Gewalt geschaffen und verfügt über die nötigen Sanktionsmechanismen gegen Diskrimination, Ausschluss und Unterordnung von Frauen in Politik und Gesellschaft.</p> <p>Indikator 1</p> <p>Anzahl der landesweit wirkungsvoll funktionierenden SLIMs (Beratungs- und Unterstützungsstellen für misshandelte Frauen).</p> <p>Baseline: tbd. März 2013</p> <p>Ziel 2016: signifikante Erweiterung der Dienstleistungen von SLIMs.</p> <p>Indikator 2</p> <p>Eine nationale Umfrage, welche die Wahrnehmung der Frauen betreffend ihrer Stellung in der Gesellschaft misst, muss noch identifiziert werden.</p> <p>Termin: Juni 2013</p>

(4) Interventionslinien

- Stärkung von Gemeindestrukturen und Förderung der Bürgerbeteiligung. Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Munizipien und den Linienministerien.
- Förderung der Kapazitäten von übergemeindlichen Strukturen in der Wahrnehmung gemeinsamer Aufgaben.
- Affirmative Aktionen zugunsten von Frauen, um ihre politische Beteiligung zu erhöhen und ihre Recht auf ein Leben frei von Gewalt zu stärken.
- Unterstützung der Strategie der nationalen Ombudsstelle über einen *Basket Fund* zusammen mit mehreren Gebern.
- Unterstützung von Schlüsselakteuren im Justizsektor bei der Umsetzung von Reformen zur Verbesserung des Zugangs von benachteiligten Bevölkerungsgruppen zu Justiz (diese Aktionslinie wird im Rahmen des Planungsprozesses für ein neues Projekt endgültig festgelegt).

Transversalthemen

Gender: In Bezug auf Gender werden einerseits eine Reihe affirmativer Aktionen zugunsten von Frauen lanciert. Andererseits wird die Transversalisierung von Gender in allen Aktionslinien gefördert. Das heisst, dass die unterschiedlichen Notwendigkeiten und Sichtweisen von Frauen und Männern in Planung und Umsetzung der Programme berücksichtigt werden.

Gouvernanz: Dieses Transversalthema wird mittels des *Human Rights Based Approach* implementiert und die Realisierung via Monitoring der menschenrechtsrelevanten Projekte überprüft.

(5) Finanzen und Zusammenarbeit

Finanzielle Ressourcen (effektiv): 23 Mio. CHF

Strategische Partner:

Akteure der Regierung: Defensor del pueblo; Munizipien und Gemeindeverbände; Ministerien für Autonomie, Erziehung, Gesundheit, Transparenz, Arbeit, Polizei; Justizorgan (noch zu definieren)

Multilaterale Akteure: Büro des Hochkommissariats für Menschenrechte, IDB

Bilaterale Akteure: Niederlande, Schweden, Dänemark

NGOs: NGOs für Menschenrechte (CDC und CDH) , Verband der Gemeinderätinnen (ACOBOL)

Interventionsbereich 2: Minderung der Folgen des Klimawandels Thema Nr. 8 der Botschaft über die IZA 2013-2016: Klimawandel: Adaptation, Wald, Energie		
(1) Wirkung des DEZA-Portfolios	(2) Beitrag des DEZA-Programms	(3) Entwicklungseffekte des Landes
<p>Wirkung 1: Subnationale Behörden sind darin gestärkt, Adaptationsmassnahmen zum Klimawandel zu planen und umzusetzen.</p> <p>Indikator 1 Anzahl formulierter und umgesetzter Politiken mit messbarer Wirkung punkto Adaptation (ACC) und DRR.</p> <p>Baseline: tbd. April 2013</p> <p>Ziel 2016: 50 zusätzlich umgesetzte Politiken auf subnationaler Ebene.</p> <p>Indikator 2 Qualität der Teilnahme von Organisationen der Zivilgesellschaft bei der Formulierung von ACC/DRR-Politiken.</p> <p>Baseline: tbd. April 2013</p> <p>Ziel 2016: In 80% der Fälle ist die Partizipation zufriedenstellend (Rating).</p> <p>Indikator 3 Der prozentuale Anteil an Ausgaben für ACC/DRR im Gesamtbudget auf kommunaler Ebene ist gestiegen.</p> <p>Baseline: tbd. April 2013</p> <p>Ziel 2016: tbd. (Quelle: Finanzministerium)</p>	<p>Bezug zwischen (1) und (3) Die DEZA-Felderfahrung soll in die nationalen Politiken einfließen. Darüber hinaus trägt die DEZA mit technischem und methodologischem <i>know-how</i> und finanziellen Mitteln zur Qualität der Umsetzung der Politiken bei.</p> <p>Annahmen Öffentliche und lokale Behörden haben ein stärkeres Bewusstsein betreffend die Auswirkungen von Naturgefahren und Klimawandel.</p> <p>Risiken (1) Begrenzte lokale Kapazitäten zur Qualitätssicherung/Nachhaltigkeit von Politiken und öffentlichen Investitionen. (2) Widerspruch zwischen dem öffentlichen Diskurs (Mutter Erde, Dezentralisierung) und der Praxis. (3) Billige Lebensmittelimporte stellen die Ernährungssicherheit und -souveränität in Frage. (4) Ungenügende institutionelle Kapazitäten.</p>	<p>Wirkung 1: Der rechtliche Rahmen für die folgenden Sektoren ist definiert:</p> <p>1.1. Das Gesetz "Madre Tierra" (Mutter Erde) bezweckt eine ganzheitliche Entwicklung zur Verbesserung der Lebensqualität. Indikator: Grad der Umsetzung des Gesetzes. Baseline: Das Gesetz wurde 2012 verabschiedet. Ziel 2016: Die Reglementierung des Gesetzes und 9 Gesetze auf Departementebene sind eingeführt.</p> <p>1.2. Das Gesetz zu DRR soll die Verantwortlichkeiten der Prävention und Reaktion auf Naturkatastrophen festlegen. Indikator: Prozentsatz des ausgegebenen Budgets für <i>Rapid Response</i> und DRR. Baseline: Ländliche Gemeinden geben 10% ihres Budgets für <i>Rapid Response</i> und DRR aus (letzter Stand 2002). Ziel 2016: Per Dekret sind 15% des nationalen Budgets als Zielwert formuliert.</p> <p>1.3. Das Wassergesetz wird den nachhaltigen Gebrauch von Wasser zur Norm erklären und die Nutzung regulieren. Indikator: Grad der Umsetzung des Gesetzes. Baseline und Ziel 2016: tbd. Juni 2013</p> <p>1.4. Das Dezentralisierungsgesetz delegiert Aufgaben und Kompetenzen an Departemente und Gemeinden. Indikator: Anzahl kommunaler Verfassungen mit Normen betr. Katastrophenvorsorge und ACC. Baseline: Bis 2010 wurden 80 kommunale Verfassungen verabschiedet. Ziel 2016: 337 kommunale Verfassungen integrieren die Katastrophenvorsorge und ACC.</p>

(1) Wirkung des DEZA-Portfolios	(2) Beitrag des DEZA-Programms	(3) Entwicklungseffekte des Landes
<p>Wirkung 2: Ärmere Bauernfamilien können sich schneller an die negativen Einflüsse des Klimawandels anpassen.</p> <p>Indikator 1 Prozentuale Erhöhung des Familieneinkommens.</p> <p>Baseline und Ziel 2016: tbd. März 2013</p> <p>Indikator 2 Reduktion der Unterernährung bei Kindern zwischen 0 und 5 Jahren in den Gemeinden, wo die DEZA arbeitet.</p> <p>Baseline und Ziel 2016: tbd. April 2013</p> <p>Indikator 3 Fläche, die nachhaltig und gemäss ihrem Potential genutzt wird. Detailliert nach folgenden Nutzungsarten:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Forstwirtschaft • Weidewirtschaft • Landwirtschaft • Landwirtschaft mit Bewässerung <p>Baseline: tbd. April 2013 Ziel 2016: tbd. April 2013</p>	<p>Bezug zwischen (1) und (3) Die DEZA will die territorialen Behörden und Organisationen bei der Erstellung und Umsetzung von Plänen zur Anpassung an den Klimawandel unterstützen. Die Erfahrungen sollen im Hinblick auf ihre Replikation in anderen Regionen systematisiert werden.</p> <p>Annahmen Die Gemeinden haben eigene finanzielle Mittel, mit denen sie die Adaptationspläne mitfinanzieren können. Im Jahr 2011 flossen 1.17 Mia. USD aus dem Staatshaushalt an die Gemeinden. Man nimmt an, dass diese Transferzahlungen der Zentralregierung weitergeführt werden.</p> <p>Risiken</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Soziale Konflikte und langsame Landreform. 2. Begrenzte Kapazitäten der lokalen Partner. 3. Ungenügende öffentliche Dienstleistungen. 4. Grosse Naturkatastrophen verschieben die Prioritäten von Prävention/Preparedness hin zu Rapid Response/Wiederaufbau. 5. Fehlender Dialog und Konsens über Nutzung und Zugang zu natürlichen Ressourcen. 	<p>Wirkung 2: Verbesserte Landnutzung und Ernährungssicherheit dank folgenden Punkten:</p> <p>2.1. Umsetzung des Nationalen Forstplans (2011) Indikator: Abholzung reduziert; Wiederaufforstung nimmt zu. Baseline: Abholzung 350'000 ha/Jahr (2011); aufgeforstete Fläche (tbd.) Ziel 2016: Abholzung (tbd.); Aufforstung 100'000 ha/Jahr.</p> <p>2.2. Umsetzung Nationaler Plan für Watershed Management (PNC mit geplanten Investitionen von 450 Mio. USD/Jahr) Indikator: Anzahl von Macro-Watersheds, die auf einem umfassenden Plan basieren. Baseline: 17 Makro-Watersheds Ziel 2016: 50 Makro-Watersheds</p> <p>2.3. Umsetzung des Nationalen Plans für Ernährungssicherheit Indikator: Reduktion chronischer Unterernährung von Kindern zwischen 0 und 5 Jahren. Baseline: 20.3% (2008) Ziel 2015: 19%</p>
<p>Wirkung 3: Die Umweltverschmutzung wird verringert, die Energieeffizienz verbessert und die Treibhausgas-Emissionen (THG) in 15 Städten mittlerer Grösse reduziert.</p> <p>Indikator 1 Anzahl Familien, die von einer verbesserten Abfallentsorgung profitieren.</p> <p>Baseline: tbd. April 2013 Ziel 2016: tbd. April 2013</p> <p>Indikator 2 Volumen der reduzierten THG-Emissionen.</p> <p>Baseline: tbd. März 2013 Ziel 2016: tbd. März 2013</p> <p>Indikator 3 Anzahl Familien, die aufgrund von Massnahmen zur Verbesserung der Umweltqualität eine bessere Lebensqualität rapportieren (Umfrage).</p> <p>Baseline: tbd. März 2013 Ziel 2016: tbd. März 2013</p>	<p>Bezug zwischen (1) und (3) Die DEZA wird ihre technische Expertise, Methoden und Erfahrungen in den vier Themenbereichen (Abfall, Abwasser, energieeffiziente Industrieöfen, Luftverschmutzung durch Fahrzeuge) einbringen. Die Regierung investiert 100 Mio. USD pro Jahr. Die Weltbank und die Interamerikanische Entwicklungsbank IDB bieten Kreditlinien für Gemeinden an, um die nationale Politik auf lokaler Ebene umzusetzen. Durch den oben genannten Transfer von know-how werden diese Investitionen effektiver sein.</p> <p>Annahme Die Politik priorisiert weiterhin Massnahmen zur Reduktion der THG-Emissionen.</p>	<p>Wirkung 3: Reduktion der Umweltverschmutzung dank folgenden Punkten:</p> <p>3.1 Umsetzung des Nationalen Programms für Abfallentsorgung (2011-2015). Indikator: Grad der Umsetzung des Nationalen Programms für Abfallentsorgung. Baseline: tbd. April 2013 Ziel 2015: Abfallentsorgung gemäss nationalen Normen in 4 der 9 departementalen Hauptstädte und 15% aller Gemeinden.</p> <p>3.2. Das Abwasser-Management führt zu einer Verbesserung der Wasserqualität. Indikator: Prozentzahl gereinigten Abwassers in mittelgrossen Städten. Baseline: 38% (2002) Ziel 2016: tbd. April 2013</p>

(4) Interventionslinien
<ul style="list-style-type: none"> • Nachhaltiges Wasser-Management, einschließlich Abwasser-Management • Bewahrung der Biodiversität (<i>Biocultura</i>), Wälder und Weiden • <i>Disaster Risk Reduction</i> und Anpassung an den Klimawandel • Nachhaltige Landwirtschaft und Ernährungssicherheit • Gouvernanz im natürlichen Ressourcenmanagement • Abfallwirtschaft, effiziente Ziegeleien und Abwasser-Management <p>Massnahmen</p> <ul style="list-style-type: none"> • Förderung von Kohärenz und Koordination der öffentlichen Politik durch Konsultationsprozesse zwischen Akteuren der verschiedenen territorialen Ebenen. • Aufbau strategischer Partnerschaften mit multilateralen/bilateralen Gebern, um nationale Politiken zu beeinflussen, finanzielle Mittel zu koordinieren, Risiken zu diversifizieren und einen größeren Impact zu haben. • Transfer von Schweizer <i>know-how</i>. • Stärkung von Kapazitäten lokaler und nationaler Partner, um grössere <i>ownership</i> und Nachhaltigkeit zu sichern. • Wissensmanagement, das auf Interaktion zwischen traditionellem und konventionellem Wissen basiert. • Weiterentwicklung des Stadt-Land-Kontinuums. <p>Transversalthemen: Gouvernanz: Zugang zu Informationen, Partizipation, Respekt und Verständnis für unterschiedliche Kulturen. Gender: Berücksichtigung der Machtverhältnisse; ausgewogene Teilnahme an Entscheidungsprozessen.</p>
(5) Finanzen und Zusammenarbeit
<p>Finanzielle Ressourcen (effektiv): 43 Mio. CHF</p> <p>Schweizer Partner: Globale Zusammenarbeit, Regionale Zusammenarbeit, Humanitäre Hilfe</p> <p>Strategische Partner:</p> <p>Öffentlicher Sektor: Ministerien (Umwelt und Wasser), Departementsregierungen, Gemeindeverbände (<i>Mancomunidades</i>) und Gemeinden</p> <p>Nationale und internationale Partner: Multilaterale Agenturen (IDB, WB, UNDP), bilaterale Agenturen (Deutschland, Dänemark, Spanien), NGOs, nationale und internationale Stiftungen, öffentliche und private Organisationen und lokale Akteure</p>

Interventionsbereich 3: Beschäftigung und Einkommen Thema Nr. 6 der Botschaft über die IZA 2013-2016: Privatsektor und Finanzdienstleistungen		
(1) Wirkung des DEZA-Portfolios	(2) Beitrag des DEZA-Programms	(3) Entwicklungseffekte des Landes
<p>Wirkung 1: Ärmere Frauen und Männer haben ihre Einkommen und den Zugang zu Beschäftigung verbessert.</p> <p>Indikator 1 Prozentsatz der Abgängerinnen und Abgänger der Berufsbildung, die höhere Einkommen als der nationale Mindestlohn erzielen.</p> <p>Baseline 2011: 47% der unselbständigen Abgängerinnen und Abgänger.</p> <p>Ziel 2016: 70%, d.h. ca. 35'000 Personen</p> <p>Quelle: Monitoring-System proCAP</p> <p>Indikator 2 Zahl kleiner produktiver Unternehmen, welche dank technischer Ausbildung funktionieren.</p> <p>Baseline 2011: 180 funktionierende Unternehmen.</p> <p>Ziel 2016: wird bis März 2013 erstellt</p> <p>Quelle: Monitoring-System proCAP</p> <p>Indikator 3 Zahl der geschaffenen Netto-Arbeitsplätze (Frauen und Männer) innerhalb der ruralen Märkte (Wertschöpfungsketten).</p> <p>Baseline: wird bis März 2013 erstellt.</p> <p>Ziel 2016: wird bis März 2013 erstellt.</p> <p>Quelle: Monitoring-Systeme PIC und PROSEDER sowie neues Programm rurale Märkte</p> <p>Indikator 4 Zahl der ausgebildeten Männer und Frauen mit Ausbildungszertifikat, welche aufgrund eigener Beurteilung ihre Beschäftigungschancen erhöht haben.</p> <p>Baseline: 10'000 Ausgebildete mit Zertifikat (2011)</p> <p>Ziel 2016: 80'000 Ausgebildete mit Zertifikat</p> <p>Quelle: Monitoring-System proCAP (inkl. qualitativer Erhebung über Beschäftigungschancen).</p>	<p>Bezug zwischen (1) und (3) Die Regierung priorisiert die Berufsbildung für Jugendliche und die technische Weiterbildung von Erwachsenen. Die DEZA unterstützt die Umsetzung wesentlicher Elemente:</p> <ul style="list-style-type: none"> Innovative Methoden der Berufsbildung und die Zertifizierung der erworbenen Kompetenzen. Die Ausweitung des Angebots auf marginalisierte Zonen. Die Zusammenarbeit zwischen öffentlichem und privatem Sektor. Methoden zur besseren Integration auf dem Arbeitsmarkt. <p>Die Regierung priorisiert Produktivitätsverbesserungen mittels Innovation und weiteren Massnahmen in 28 Wertschöpfungsketten. Das Nationale Institut für Innovation in Land- und Forstwirtschaft INIAF trägt die Hauptverantwortung dafür. Die DEZA trägt bei zu Aufbau und Konsolidierung des INIAF. Die Erfahrungen und das <i>know-how</i> des bilateralen Projektes zur landwirtschaftlichen Innovation (PIC) und internationale Expertisen werden dabei dem INIAF zur Verfügung gestellt. Der Mehrwert der DEZA besteht in:</p> <ul style="list-style-type: none"> Weiterentwicklung und Umsetzung der Zusammenarbeit zwischen öffentlichem und privatem Sektor. Innovative und nachfrageorientierte Finanzdienstleistungen. Bearbeitung der Verbindung zwischen ländlichen und städtischen Regionen. <p>Annahmen</p> <ul style="list-style-type: none"> Die geplanten staatlichen und privaten Investitionen in Wertschöpfungsketten von 1.200 Mio. USD im Zeitraum 2012-2016 werden umgesetzt. Die geplanten staatlichen Investitionen in Berufsbildung von 700 Mio. USD im Zeitraum 2012-2016 werden umgesetzt. <p>Risiken Durch die Aufwertung der bolivianischen Währung gegenüber den wichtigsten Handelspartnern (Brasilien und Argentinien) nehmen die Importe von Lebensmitteln und Produkten des durchschnittlichen Warenkorb zu und konkurrieren zunehmend die nationale Produktion.</p>	<p>Wirkung 1.1: Höheres Einkommen und Beschäftigung Der Staat beabsichtigt die Umverteilung von Ressourcen aus Sektoren mit Überschuss in diejenigen Sektoren, welche Arbeit und Einkommen generieren.</p> <p>(Quelle: Wirtschaftsplan des Ministeriums für Ökonomie und Finanzen, Juli 2012)</p> <p>Indikator: Prozentsatz der Personen, welche einen Monatslohn erhalten, der über dem definierten nationalen Mindestlohn liegt. (Quelle: Nationaler Statistikdienst)</p> <p>Baseline: 2007 hatten ca. 45% der Beschäftigten im öffentlichen und privaten Sektor einen Monatslohn, der über dem damaligen nationalen Mindestlohn von 85 USD lag.</p> <p>Ziel 2016: Nicht verfügbar. Man erhofft eine Erhöhung</p> <p>Wirkung 1.2: Der Strategieplan des Nationalen Instituts zur Innovation in Land- und Forstwirtschaft INIAF sieht vor, die landwirtschaftliche Produktion zu verbessern und die Ernährungssicherheit zu erhöhen.</p> <p>Indikator: Anstieg der Produzentinnen und Produzenten, welche bei den Grundnahrmitteln verbesserte Sorten anbauen.</p> <p>Baseline: tbd. Juni 2013</p> <p>Ziel 2016: tbd. Juni 2013</p> <p>Wirkung 1.3: Die nationale Politik sieht vor, dass sich die berufliche Qualifikation und Einkommen von rund 50'000 Personen dank der Massnahmen im Bereich Berufsbildung verbessert haben. (Quelle: Plan des Erziehungsministeriums 2012-14)</p> <p>Indikator: Anzahl der Personen mit nationalem Ausbildungszertifikat, ausgestellt durch das nationale Zertifizierungssystem (<i>Sistema Plurinacional de Competencias</i>).</p> <p>Baseline: mehr als 10'000 Frauen und Männer mit nationalen Zertifikaten (2011)</p> <p>Ziel 2016: Schätzungen gehen davon aus, dass sich bis 2016 50'000 Personen werden zertifizieren lassen.</p> <p>Wirkung 1.4: Laut Nationalem Plan zur Produktiven Entwicklung ist bis 2018 landesweit die Schaffung von 750'000 neuen Arbeitsplätzen in 28 Produktionszweigen vorgesehen. (Quelle: Nationaler Plan zur Produktiven Entwicklung).</p> <p>Indikator 1: Zahl neue Arbeitsplätze</p> <p>Baseline: nicht verfügbar</p> <p>Ziel 2018: 750'000 Personen</p>

(1) Wirkung des DEZA Portfolios	(2) Beitrag des DEZA Programms	(3) Entwicklungseffekte des Landes
<p>Wirkung 2: Der Zugang benachteiligter Familien zu finanziellen, nicht-finanziellen und Ausbildungsdienstleistungen (öffentlich und privat) hat sich dank der Stärkung der entsprechenden Dienstleistungsinstitutionen verbessert.</p> <p>Indikator 1 Anzahl zusätzlicher Familien im ländlichen Bereich mit Zugang zu finanziellen und nicht-finanziellen Dienstleistungen.</p> <p>Baseline 2012: wird bis März 2013 erstellt.</p> <p>Ziel 2016: 15'000 zusätzliche Familien</p> <p>Quelle: Monitoring-Systeme PROFIN und Swisscontact</p> <p>Indikator 2 Anzahl öffentlicher und privater Institutionen, die durch die DEZA unterstützt werden, mit verbesserter finanzieller und nicht-finanzieller Dienstleistungskapazität und einem verbesserten Dienstleistungsangebot.</p> <p>Baseline 2012: wird bis März 2013 erstellt</p> <p>Ziel 2016: wird bis März 2013 erstellt</p> <p>Quelle: Monitoring-Systeme PROFIN und Swisscontact</p> <p>Indikator 3 Anzahl Berufsausbildungszentren mit verbesserter Infrastruktur und Equipment sowie verbesserten Managementkapazitäten.</p> <p>Baseline: 69 Berufsausbildungszentren (2011)</p> <p>Ziel 2016: wird bis März 2013 erstellt</p> <p>Quelle: Monitoring-System proCAP</p>	<p>Bezug zwischen (1) und (3) siehe Wirkung 1</p>	<p>Wirkung 2.1: Ein besseres Geschäftsklima im Land führt zu einer diversifizierteren Wirtschaft und einem besseren Zugang zu qualitativ hochstehenden öffentlichen und privaten Dienstleistungen. (Quelle: Strategieplan Banco de Desarrollo Productivo, BDP, 2011)</p> <p>Indikator 1 Position Boliviens im Ranking <i>Doing Business</i>.</p> <p>Baseline 2012: 155 von 184 Ländern (2011)</p> <p>Ziel 2016: Verbesserung im Ranking (ohne definierten Zielwert)</p> <p>Quelle: Ranking <i>Doing Business</i></p> <p>Wirkung 2.2: Die Bank für produktive Entwicklung BDP hat die Summe der finanziellen Ressourcen, die sie in Form von produktiven Krediten an kleine Agrar- und Gewerbebetriebe vergibt, in vier Jahren um mind. 30 % erhöht. (Quelle: Strategieplan BDP 2011)</p> <p>Indikator 1 Gesamtbetrag der finanziellen Ressourcen, die vom BDP in Form von produktiven Krediten vergeben werden.</p> <p>Baseline: Bis 2010 hat die BDP insgesamt 180 Mio. USD in Form von produktiven Krediten vergeben und damit insbesondere den Nahrungsmittel- und Textilsektor mitfinanziert. 20'000 Begünstigte kamen in den Genuss der Kredite.</p> <p>Ziel 2016: Eine jährliche Steigerung von 5 bis 10 % bis 2016.</p> <p>Quelle: Statistiken BDP, 2011</p>

(4) Interventionslinien

- Entwicklung ländlicher Märkte und Innovationen für die Landwirtschaft: Wichtig ist dabei die Zusammenarbeit zwischen öffentlichem und privatem Sektor, die realisiert wird via Berufsverbände, lokale Organisationen von Produzentinnen und Produzenten, regionale Plattformen, sowie die Munizipien. Die Innovationen in der Landwirtschaft werden durch das neu geschaffene Nationale Institut für Innovation in Land- und Forstwirtschaft (INIAF) mittels eines Strategieplans 2011-15 gefördert.
- Verbesserung der Berufsbildung: Unterstützung des Erziehungsministeriums bei der Weiterentwicklung eines nationalen Systems zur Zertifizierung der beruflichen Kompetenzen. Zusammenarbeit mit privaten Organisationen bei der Einführung von Innovationen in der Berufsbildung (z. B. ICTs) und bei der Ausdehnung des Angebots.
- In beiden Interventionslinien wird die Gleichstellung Frau/Mann gefördert, insbesondere über 3 Massnahmen: (i) spezielle Aktionen zur Teilhabe der Frauen; (ii) Verbesserung der Zusammenarbeit unter den *focal points* in den einzelnen Projekten sowie (iii) die Aufarbeitung und Verbreitung von *good practices*.

(5) Finanzen und Zusammenarbeit

- **Finanzielle Ressourcen (effektiv): 35 Mio. CHF**
- **Modalitäten:** Co-Finanzierung mit Weltbank (landwirtschaftliche Innovationen) sowie Beiträge an private und öffentliche Vorhaben. Ihr direkter Beitrag an die Projekte wird auf 10 Mio. CHF geschätzt.

Strategische Partner:

- **Entwicklung ländlicher Märkte: Staatliche Partner:** Ministerien für Produktion, für ländliche Entwicklung; nationales Institut für Innovationen in Land- und Forstwirtschaft (INIAF); nationale Bankenaufsicht; Departments- und Munizipalbehörden. **Private Partner:** Stiftung für Innovationen im Finanzbereich (PROFIN); Universitäten; Berufsverbände und Organisationen von Produzentinnen und Produzenten. **Entwicklungsagenturen:** Weltbank, DANIDA, GIZ.
- **Berufsbildung: Staatliche Partner:** Erziehungsministerium, Munizipien. **Private Partner:** Stiftung FAUTAPO, Bischofskonferenz (CEE), Berufsverbände und weitere, die noch identifiziert werden müssen (z. B. Universitäten, NGOs). **Entwicklungsagenturen:** IDB, Schweden.

Anhang 3 Monitoring-System der Kooperationsstrategie Bolivien 2013-2016

In diesem Anhang wird das Monitoring-System der Kooperationsstrategie 2013-2016 dargelegt. Es basiert auf dem Konzept der Zentrale vom Juni 2011.

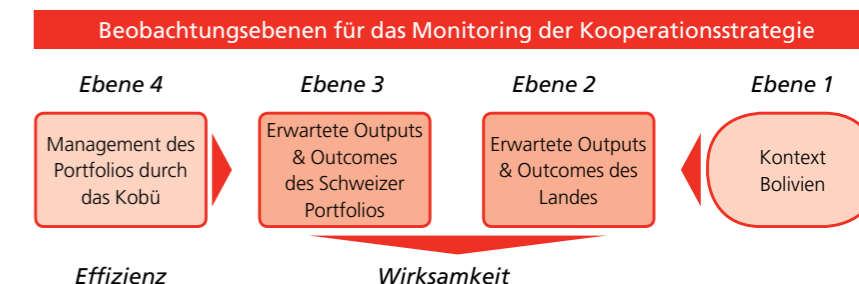
Das System hat drei Hauptzwecke:

- (i) Die Steuerung der Strategie 2013-2016 zur Sicherstellung von Wirkung und Pertinenz des Schweizer Portefeuilles;
- (ii) Rechenschaft ablegen über Resultate in erster Linie gegenüber der Zentrale und in zweiter Linie gegenüber weiteren interessierten Akteuren u.a. in Bolivien;
- (iii) das gemeinsame Lernen der Ausführenden der Strategie, ausgehend von den Erfolgen, Misserfolgen und *lessons learned*.

Um dies zu erreichen, ist ein periodisches Monitoring von folgenden vier Beobachtungsebenen vorgesehen :

- (i) **Der generelle Kontext Boliviens:** Ist unsere Analyse des Kontexts weiterhin gültig und entspricht sie der Realität? Sind Anpassungen der Strategie notwendig?
- (ii) **Die Fortschritte Boliviens** in den drei für die Kooperationsstrategie relevanten Bereichen. Erreicht Bolivien seine Ziele, und was trägt das Schweizer Programm dazu bei?
- (iii) **Die erwarteten Wirkungen des DEZA-Portefeuilles:** Werden die angestrebten Ziele erreicht und inwiefern tragen sie zu den Entwicklungszielen Boliviens bei?
- (iv) **Das Management des Kooperationsbüros:** Ist das Management hilfreich

für die Erreichung der erwarteten Resultate?



Das Monitoring-System beabsichtigt nicht, mit hoher Präzision die Fortschritte des Portefeuilles zu messen. Die Absicht ist vielmehr, mit einem angemessenen Aufwand plausible Information zu generieren, in welchem Umfang wir zur Erreichung der Landesziele beitragen und welche Anpassungen allenfalls notwendig sind.

Der Referenzrahmen für das Monitoring ist der *Results Framework* (RF, Anhang 2). Es ist kein in Stein gemeisseltes Dokument, sondern erfordert eine gewisse Flexibilität in seiner Handhabung. Bei wichtigen politischen Veränderungen im Land oder im Rahmen der Planung neuer Projekte sind begründete Anpassungen angezeigt.

Der Jahresbericht des Kooperationsbüros ist das Instrument zur Berichterstattung über Resultate der Kooperationsstrategie. Das Monitoring-System wird deshalb mit dem Jahresbericht synchronisiert, der jeweils im November eines jeden Kalenderjahres präsentiert wird.

Beobachtungsebene 1: Analyse des Kontexts Bolivien

Für das Monitoring des politischen, sozialen und ökonomischen Kontexts sowie für die Beurteilung der Gouvernanz kommt weiterhin das bewährte Instrument "MERV", Monitoring ent-

wicklungsrelevanter Veränderungen, zum Einsatz. Es wird im Bolivienprogramm seit zehn Jahren angewandt. Die für Bolivien besonders relevanten Faktoren werden selektioniert und vertieft behandelt. Ziel ist es, aufgrund der Umfeld-Analyse die notwendigen und angepassten Konsequenzen für die Gestaltung und Umsetzung des Programms zu ziehen.

Falls das bolivianische Umfeld eine unerwartete Verschlechterung erfahren sollte, ist die Anwendung eines zusätzlichen Instruments – *“Fragility Assessment“* – vorgesehen, das bereits in verschiedenen Kooperationsländern der DEZA angewandt wird.

Wie: Einen wichtigen Teil der Methodologie macht die Diskussion der Resultate und der Konsequenzen für das Programm innerhalb der Management-Equipe aus, unter Einbezug der Projektverantwortlichen und anerkannter nationaler Polit-Analysten. Wie in der Strategie 2013-2016 ausgeführt, stellen die Präsidentschaftswahlen 2014 ein Schlüsselmoment für die Kontextentwicklung des Landes dar. Nach den Wahlen wird das Kobü eine spezifische Analyse vornehmen, um allfällige Anpassungen im Programm zu machen.

Wer: Der oder die Beauftragte des MERV bereitet mit Unterstützung eines Konsulenten die Unterlagen vor. Sie/er ist zusammen mit der Kooperationschefin für die Analyse des MERV und dessen Diskussion im Team und bei den Partnern verantwortlich.

Wann: Das MERV wird jährlich in der Vorbereitungsphase des Jahresberichts angewandt, d.h. im August/September.

Beobachtungsebene 2: Erwartete Outputs und Outcomes des Landes

Die Ebenen 2 und 3 messen beide die Wirksamkeit des Schweizer Portefeuilles.

Es wird hauptsächlich die Frage analysiert, welche Fortschritte das Land in Bezug auf das Erreichen seiner Entwicklungsziele macht und in welchem Umfang die Schweiz dazu beiträgt. In diesem Sinn stehen die beiden Ebenen in enger Beziehung zueinander und müssen gleichzeitig analysiert werden.

Das Monitoring der Ebene 2 soll auf die folgenden drei Schlüsselfragen Antwort geben:

- (i) Bewegt sich Bolivien in Richtung der für die drei Interventionsbereiche relevanten Ziele?
- (ii) Sind diese Ziele weiterhin gültig oder brauchen sie aus Sicht der DEZA eine Revision?
- (iii) Erlauben es die beobachteten Fortschritte des Landes, eine plausible Korrelation zu den Resultaten des Schweizer Portefeuilles herzustellen?

Das Monitoring auf dieser Ebene hängt von verfügbaren Daten und Analysen ab, welche von staatlichen Institutionen, NGOs sowie bilateralen und multilateralen Entwicklungsagenturen produziert werden. Weil sowohl die Verfügbarkeit als auch die Qualität solcher Daten oft zu wünschen übrig lässt, sind drei Massnahmen vorgesehen:

- (i) Konsultation unterschiedlicher Quellen.
- (ii) Falls sinnvoll nationale Kapazitäten unterstützen, damit sie bessere Statistiken produzieren.
- (iii) Eigene qualitative Analysen erstellen, v.a. um die Beurteilung der Begünstigten zu erfassen.

Wie: Das Monitoring wird in Form einer Monitoring-Matrix pro thematischen Interventionsbereich organisiert. Der/die Hauptverantwortliche des Interventionsbereichs sammelt und synthetisiert

die verfügbaren Daten und Analysen. Der Input wird in einem Workshop zwischen dem Management des Kobüs, der Equipe des Interventionsbereichs und den involvierten Partnern analysiert. Im selben Workshop werden auch die erwarteten Effekte des DEZA-Portefeuilles analysiert (dritte Beobachtungsebene).

Wer: Der/die Hauptverantwortliche des Themenbereichs organisiert den Prozess und redigiert den Input für den Jahresbericht. Zum Workshop werden – neben dem Management des Kobüs – die Programmverantwortlichen des Bereichs sowie Vertreter der Regierung, Partner der Zivilgesellschaft und Sektorspezialistinnen und Sektorspezialisten eingeladen.

Wann: Das Monitoring wird zweimal jährlich durchgeführt:

- (i) Im September wird die Hauptanalyse im Rahmen der Ausarbeitung des Jahresberichts durchgeführt.
- (ii) Im März wird eine Zwischenanalyse mit weniger Aufwand realisiert.

Beobachtungsebene 3: Erwartete Outputs und Outcomes des Schweizer Portefeuilles

Das Monitoring auf dieser Ebene gibt Antworten auf zwei Fragen:

- (i) Entwickelt sich das Portfolio gemäss den Effekten und Indikatoren, die im RF festgelegt wurden?
- (ii) Tragen die *Outcomes* des Schweizer Portfolios wie vorgesehen zu den erwarteten Resultaten des Landes bei? Wenn nicht, was sind die Gründe und welche Anpassungen sind notwendig?

Die Daten für das Monitoring auf dieser Ebene stammen von den verschiedenen Programmen und Projekten der schweizerischen EZA in Bolivien. Anfangs 2013 werden die Monitoring-Systeme der Pro-



jekte überprüft, um sicherzustellen, dass die Daten zum Monitoring der Indikatoren des RF beitragen. Die Indikatoren des RF sind gendersensitiv; es muss deshalb sichergestellt werden, dass auch die Indikatoren der Projekte die Gender-Dimension erfassen.

Wie: Das Monitoring wird pro thematischen Interventionsbereich organisiert. Für jeden der 21 Indikatoren des RF wird eine Fiche mit folgenden Informationen erstellt:

- (i) die exakte Definition des Indikators (z.B. *“neu geschaffene Arbeitsplätze“*) ergänzt durch die erhobene Baseline und den Zielwert 2016;
- (ii) die Programme und Projekte, welche Informationen liefern werden;
- (iii) die Schlüsselmomente für die Sammlung der Informationen;
- (iv) die Verantwortlichkeiten.

Der/die Verantwortliche des Interventionsbereichs bereitet die Daten zu den Indikatoren auf. Danach prüft und analysiert er/sie die Daten mit der Bereichsequipe und zieht daraus erste Schlüsse. Dieser Input wird dann in einem Workshop zwischen dem Management des Kobüs, der Bereichsequipe und invol-

vierten Partnern analysiert. Im selben Workshop werden auch die erwarteten Effekte des Landes analysiert (zweite Beobachtungsebene).

Wer: Der/die Bereichsverantwortliche organisiert den Prozess und redigiert den Input für den Jahresbericht. Zum Workshop werden – neben dem Management des Kobüs – die Mitarbeitenden des Bereichs im Kobü sowie die Projektverantwortlichen eingeladen.

Wann: Das Monitoring wird zweimal jährlich durchgeführt:

- (i) Im September wird die Hauptanalyse im Rahmen der Ausarbeitung des Jahresberichts durchgeführt.
- (ii) Im März wird eine Zwischenanalyse mit weniger Aufwand realisiert.

Beobachtungsebene 4: Management des Portefeuilles durch das Kobü

Seit 2010 kommen im Kobü zwei Instrumente zur Anwendung, die die Berichterstattung über wichtige Aspekte des Managements an die Zentrale erlauben:

- (i) der *ICS Compliance Report*, der über die Umsetzung des internen Kontrollsystems berichtet;
- (ii) der *Office Management Report (OMR)*, der über zentrale Elemente des Büromanagements Rechenschaft ablegt.

Das Monitoring auf dieser Ebene ist komplementär zu den beiden genannten Reporting-Instrumenten und soll aufzeigen, inwiefern die folgenden Faktoren – die für ein erfolgreiches Pro-

grammanagement am relevantesten erscheinen – zum Erreichen der erwarteten Resultate beitragen:

- (i) Fortschritte in der Anwendung der Transversalthemen,
- (ii) die *Aid Modalities* und ihre zeitliche Entwicklung,
- (iii) die Stärkung der Kapazitäten des Personals,
- (iv) die Zuteilung der finanziellen Mittel pro Interventionsbereich (Entspricht sie dem festgelegten Verteilschlüssel? Sind Anpassungen notwendig?),
- (v) die Qualität der Teilnahme des Kobüs in der *Donor Coordination*.

Wie: Für jeden Faktor wird eine Monitoring-Fiche erstellt mit den präzisen Anweisungen für dessen Evaluation. Für jeden Faktor wird eine verantwortliche Person bestimmt. Die Resultate und allfällige Anpassungsmassnahmen werden in der Management-Equipe des Kobüs diskutiert.

Wer: Die Verantwortlichen pro Faktor bereiten die Inputs für die Diskussion in der Management-Equipe vor. Die beiden Reporting-Instrumente OMR und ICS werden von einer kleinen Equipe des Kobüs unter Leitung der betriebswirtschaftlichen Beraterin erstellt und von der Kooperationschefin gutgeheissen.

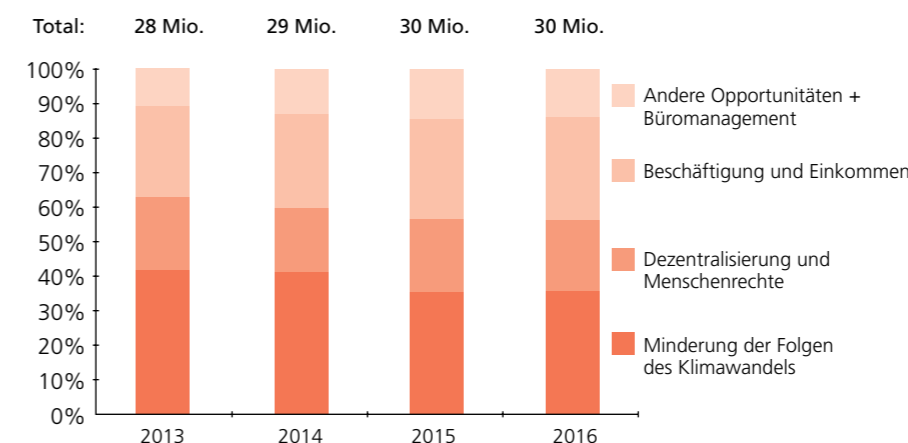
Wann: Das Monitoring der Prozessfaktoren wird einmal pro Jahr im Rahmen der Vorbereitung des Jahresberichts durchgeführt (September). Der ICS-Report ist per Ende Juni und der OMR per Ende September fällig.

Anhang 4 Verpflichtungs- und Finanzplanung 2013-2016⁵

Verpflichtungsplanung

Zusammenarbeitsbereich	2013-2016 (in Millionen CHF)	2013-2016 (in %)
Dezentralisierung und Menschenrechte	30	20 %
Minderung der Folgen des Klimawandels	55	37 %
Beschäftigung und Einkommen	45	30 %
Andere Opportunitäten + Büromanagement	20	13 %

Allokation der Ressourcen pro Interventionsbereich (ohne Beiträge an Schweizer Hilfswerke)



Budget 2013-2016 nach Finanzquellen

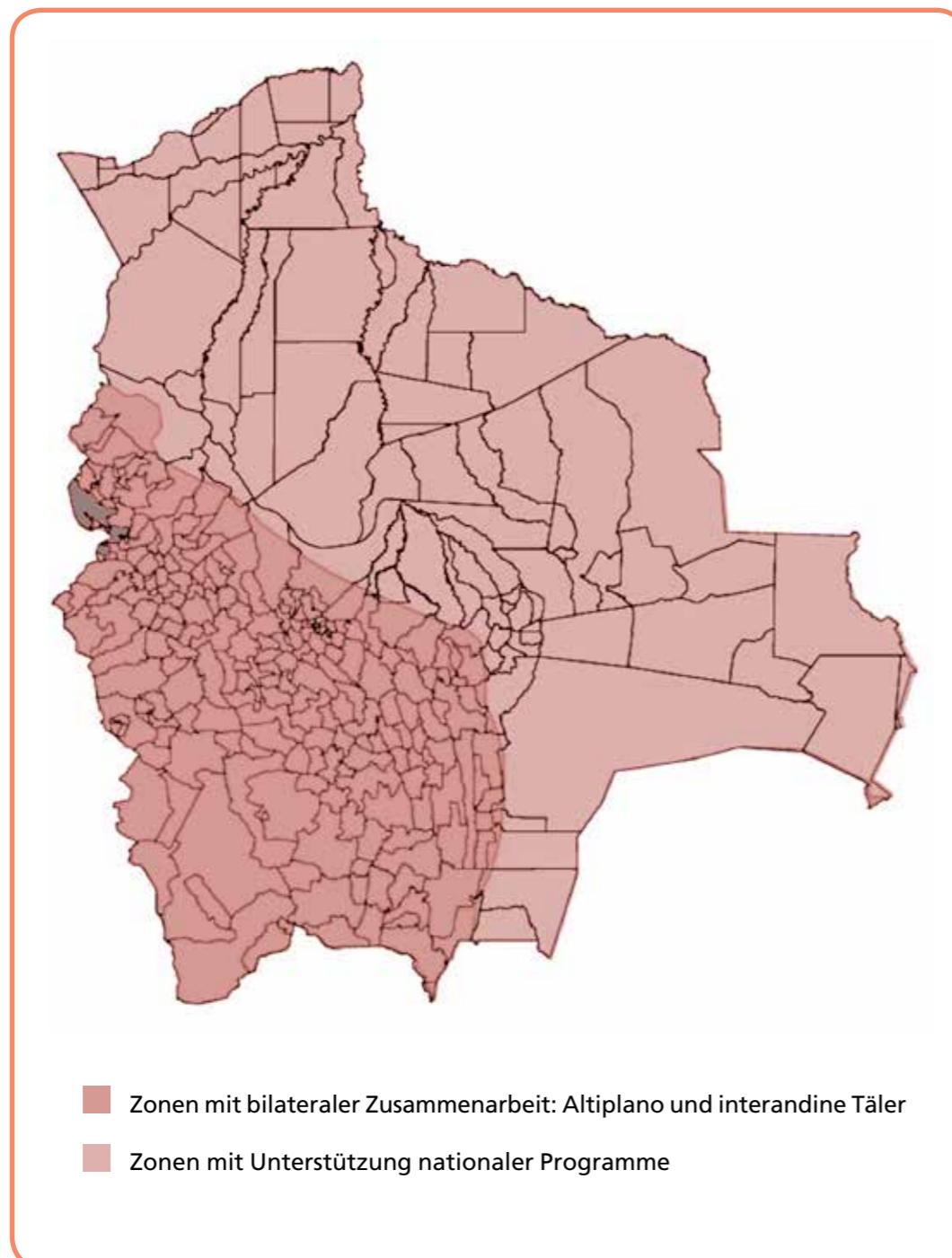
(in Mio. CHF)	2013	2014	2015	2016	Total	%
Regionale Zusammenarbeit	26	26	27	28	107	86%
Humanitäre Hilfe	2	3	3	2	10	8%
Beiträge an Schweizerische Hilfswerke	2	2	2	2	8	6%
Total	30	31	32	32	125	100%

Finanzplanung 2013-2016

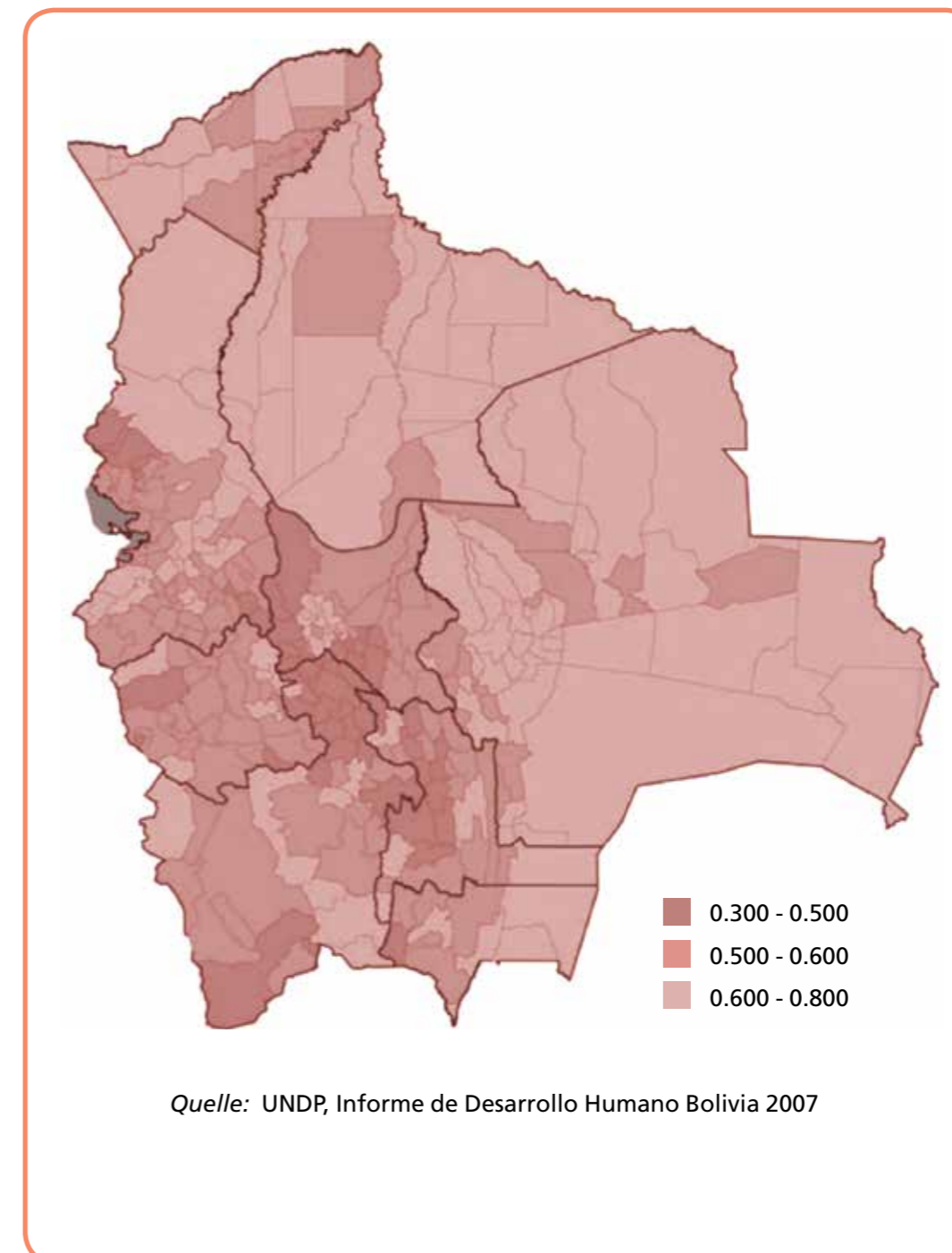
(in Mio. CHF)	2013	2014	2015	2016	Total	%
Dezentralisierung und Menschenrechte	7.0	6.8	8.0	8.2	30.0	20%
Minderung der Folgen des Klimawandels	14.3	15.2	14.0	14.3	57.8	35-40%
Beschäftigung und Einkommen	9.0	10.2	11.3	12.0	42.5	25-30%
Andere Opportunitäten+ Büromanagement	3.7	4.8	5.7	5.5	19.7	10-15%
Total Finanzplanung	34.0	37.0	39.0	40.0	150.0	
Überprogrammierung (geplante Ausgaben gegenüber Budgetvorgaben)	21%	28%	30%	33%		

⁵ Finanzplanung ohne Beträge an Schweizerische Hilfswerke.

Anhang 5 (a)
Interventionszonen der Schweizer Kooperation
in Bolivien



Anhang 5 (b)
Index für menschliche Entwicklung



Calle 13, No. 455 Esq. Av. 14 de Septiembre, Obrajes
Casilla 4679, La Paz – Bolivia
Telf. +591 2 2751001
Fax +591 2 2140884
E-mail: lapaz@sdc.net
www.cosude.org.bo